

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

110 (13.5.1918)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Wegpreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postschalter monatl. 1.10 M., 1/2jähr. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 3.80 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 7-11 u. 2-4 1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 z. Platzangelegen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Militärherrschaft und Zivilgewalt.

Aus Berlin schreibt man uns:

Während der fast vierjährigen Kriegsdauer sind in allen kriegerischen Ländern wiederholt schwere Konflikte zwischen den leitenden Militärs und den Vertretern der bürgerlichen Staatsgewalt ausgebrochen. Diese Gefahr liegt, wie man zugeben muß, in der Natur der Sache. Denn die Grenzen zwischen strategischen und politischen Aufgaben lassen sich nicht streng und sauber ziehen.

Man nehme etwa folgenden Fall, über den jüngst halbamtlich berichtet wurde: Seit Anfang Februar verhandeln die Diplomaten der Mittelmächte mit Rumänien über den Friedensschluß. Anfang März erklärte nun die Seeresleitung, daß sie sofortige Arbeit darüber haben müsse, ob weitere militärische Aktionen gegen Rumänien notwendig seien, oder ob die dort stehenden größeren Truppenteile für andere Aufgaben verwendbar würden. So mußte denn ein Ultimatum an Rumänien gestellt werden, um binnen 24 Stunden eine Klärung herbeizuführen. Über der umgekehrte Fall ist nicht minder häufig. Kein strategisch genommen, hätte es sich wahrscheinlich empfohlen, im Herbst 1915 die Offensive gegen das geschwächte Rußland mit aller Kraft fortzusetzen, um seinem Heere weiteren Abbruch zu tun. Politisch aber wurde es notwendig, Serbien anzugreifen, um Bulgariens Teilnahme am Kriege zu erwirken und das bedrohte Konstantinopel zu retten. So kreuzen sich bei allen wichtigen Entscheidungen im Kriege rein militärische und rein diplomatische Erwägungen. Für die oberste Entscheidung über das einzuschlagende Verfahren hat man in Deutschland die Formel gefunden: Die Reichsleitung habe entschieden, worunter man versteht, daß die Heerführer und leitenden Minister in einer bestimmten Frage einig geworden seien. In England hat man ein Kriegskabinet eingesetzt, in dem z. B. der Minister des Auswärtigen und der Oberbefehlshaber im Felde überhaupt nicht Sitz und Stimme haben; die Entscheidung trifft eine Stelle, die über beiden steht. Das Maß des parlamentarischen Einflusses hängt ganz davon ab, wie weit die Machtbefugnisse der Zivilregierung gehen; denn auf die Heerführung selber kann die Volksvertretung nur schwer einwirken.

Aus dem Widerstreit zwischen Militärgewalt und Zivilbehörde ist jetzt in England eine neue Lloyd George-Krise hervorgegangen. Die Stellung des englischen Ministerpräsidenten ist während seiner anderthalbjährigen Amtsdauer schon mehrfach bedroht gewesen. Weniger wegen seiner Ablehnung jedes Verständigungsfriedens als wegen seiner tatsächlichen Verdienste um die Kriegführung der Entente. Seit Monaten hat Lloyd George auf Einheitsfront des Oberbefehls an der Westfront gedrängt; aber die englischen Militärs, die wohl wußten, daß ihnen dieser Oberbefehl nicht zufallen würde, haben sich mit Händen und Füßen dagegen getraut und die Ernennung des Oberbefehlshabers vereitelt, bis die jüngsten jüngeren Niederlagen über das englische Heer kamen. In diesem Ringen um den Oberbefehl hatte Lloyd George schon im Laufe des Herbstes den Generalstabschef Robertson zum Rücktritt gezwungen. Als nun die deutsche Offensive ihre großen Erfolge vor Amiens und Ypern erzielte, suchten die Militärs freies ihm ein Bein zu stellen. Ihr Wortführer ist der bekannte Militärschriftsteller Oberst Ruyton. Sie warfen dem Ministerpräsidenten besonders vor, daß er nicht genügend für Verstärkung des englischen Heeres gesorgt und durch die Entsendung einiger Divisionen nach Palästina die Front in Frankreich geschwächt hätte. Lloyd George entgegnete, daß die englische Armee in Frankreich trotz der großen Verluste im Jahre 1917 in diesem Frühjahr stärker gewesen wäre, als im vorigen, und daß in Palästina nur eine Infanteriedivision mitwirkte, sonst aber indische Truppen den Kampf führten. Diese Auskünfte bezeichnet nun General Maurice, der bis vor kurzem Chef der Operationsabteilung des britischen Generalstabes war, als bewusste Täuschung des Parlaments, als vollkommen unwahr. Ob dieser Vorwurf durch einen Parlamentsausschuß untersucht werden soll, wie die Opposition fordert, oder durch ein Ehrengericht, wie Lloyd George und Bonar Law vorschlugen, war die Streitfrage, über die das Unterhaus zu entscheiden hatte und nun zu Ungunsten der Regierung, die mit ihrem Rücktritt drohte, wenn nicht ihrem Willen nachgegeben werde. In Wahrheit würde natürlich Lloyd George über die jüngsten englischen Niederlagen stolpern; aber die Schilderhebung der Militärs, die den Anstoß zu der Revolte gab, ist jedenfalls für das konstitutionelle Musterland England ein höchst seltener Vorgang.

Ebenso merkwürdig, wenn auch schwerlich ebenso ernst, ist der Konflikt im Hauptausschuß des Reichstages. Die Ausschussberichte sind recht unzulänglich und geben keineswegs ein klares Bild; nach ihnen hätten z. B. Koske und Südekum den Standpunkt vertreten, daß die Abtrennung der Randvölker von Rußland als Ziel der deutschen Politik unbedingt festgehalten werden müsse, während doch bei der Entscheidung über den Brest-Litovsker Frieden die Fraktion gerade gegen die entschieden hat, welche diesen Standpunkt einnahmen. Jedenfalls stellte Erzberger zum Schluß die Forderung auf, daß Entscheidungen in allen Dingen künft-

ig nur noch nach ausdrücklicher Zustimmung des Kanzlers getroffen werden dürften und unterstrich diese Forderung besonders im Hinblick auf die Ukraine und Estland-Livland. Demgegenüber soll Herr v. Bayer daran festgehalten haben, daß die Militärs sich immer loyal mit der Zivilregierung verständigt hätten und daß diese alles verantworte, was im Osten geschehen sei. Für den Fall, daß der Antrag Erzberger eine Mehrheit hätte, solle er seinen Rücktritt in Aussicht gestellt haben. Worauf die Freisinnigen und ein Teil des Zentrums gegen den Antrag Stellung genommen und Erzberger ihn unter Vorbehalt zurückgezogen hätte.

Wahrscheinlich werden erst die Verhandlungen im Plenum volle Klarheit über den Standpunkt der Regierung und der Parteien schaffen. In der Estlandfrage sind es ganz gewiß nicht die Militärs allein, die sich für die Angliederung des Landes an Deutschland entschieden haben. Aus der Ukraine fehlen noch immer sichere Nachrichten, ob die neue Regierung großrussisch gesinnt ist. Einstweilen scheint nicht wahrscheinlich, daß der Konflikt ernstere Formen annimmt.

### Zum Angriff auf Ostende.

Amsterdam, 12. Mai. Nach einem zweiten Reuters-Telegramm über den Angriff auf Ostende, der sich im wesentlichen mit dem bereits gemeldeten deckt, wurde der Angriff von Commodore (nicht Kommandeur, wie vorher gemeldet) Dynek, dem rangältesten Seeoffizier in Dünkirchen geleitet. Die Sprengladung des „Vindictive“ wurde, nachdem das Schiff unbeweglich festlag und Maschinen- und Heizraum geräumt waren, zur Explosion gebracht. Die Belastung sprang in zwei Motorboote, die an der Seite des Kreuzers warteten. In diesem Augenblick lag die „Vindictive“ in einem Winkel von 45 Grad zum östlichen Pier. Im Bericht des Commodore Dynek heißt es noch, daß die Deutschen das Feuer eröffneten, als sich die Vindictive zwei Meilen vom Lande befand. Alle Verluste rührten von dem Feuer her, das aus sechsölligen, vierölligen, mindestens einem eisölligen Geschütz und aus Hunderten von Maschinengewehren abgegeben wurde. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß der frühere Bericht, Ostende zu blockieren, dadurch mißlang, daß der Feind kurz vorher eine Boje um eine Meile verlegt hatte.



Berlin, 11. Mai (Nicht amtlich.) Zu dem neuesten Angriffsversuch der Engländer gegen Ostende erfahren wir von einem Augenzeugen: Die Mündung des Kanals Brügge-Ostende führt breit angelegt zwischen hölzernen Leitwerken geradeaus in die freie See. Die Einfahrt ist also leichter als bei Zeebrugge mit der im Halbkreis vorgelegerten Mole. Dafür kann die Artillerie aber ihr Sperrfeuer bei Ostende ohne Rücksicht auf die dort befindlichen Anlagen ungehindert in dichten Wellen zusammenfassen. Am 10. Mai um 2.45 Uhr morgens setzte eine kräftige Beschichtung von Land und See her gegen Ostende ein. Etwa 10 feindliche Flugzeuge kreuzten über der Stadt und warfen Leuchtkörper und Bomben ab. Gleichzeitig kam von See her eine dunkle Wand künstlichen Nebels in der Richtung auf die Küste gezogen. Motorgeräusch auf See wurde gehört, das Gerannahmen eines allerdings im Dunst nicht näher erkennbaren Gegners gemeldet. Die Küste war bei dem ersten Anzeichen des Angriffes alarmiert. Mit Scheinwerfern und Leuchtgeschossen wurde das Gebiet vor der Küste abgesehen. Minutenlang war nichts zu sehen. Kurz nach 3 Uhr tauchten Schiffe auf. Sie erhielten so verheerendes Feuer, daß sie sofort abdrehten und verschwanden. Das eine von ihnen hat sich nicht wieder sehen lassen. Nach Gefangenenausagen ist es der geschützte Kreuzer „Sappho“. Ueber sein Schicksal ist uns nichts bekannt geworden. Zum mindesten hat er schwere Verluste und Beschädigungen erlitten. Der Nebel wurde immer wieder von zahlreichen Motorschnellbooten aus um die großen Schiffe und zerstörer herum erneuert. Schließlich erschien einer der beiden Kreuzer — wie sich später herausstellte die „Vindictive“ — abermals vor der Einfahrt von Ostende. Obwohl durchschießt von Geschützen, neuen und alten — die Wunden, die das Schiff am 23. April früh bei der Teilnahme am dem Sandstreich gegen die Mole von Zeebrugge erlitten hatte, waren nur notdürftig gestift — schien es doch noch steuerfähig und wollte

nun anscheinend mit seiner letzten Kraft in die Einfahrt einbiegen, um sich vor den Schleusen zu verbergen. Aber jetzt empfing es ein solcher Dögel von Geschossen, daß ihm der Atem vollends ausging. Sinkend trieb es gegen das Kalverl am äußersten Rande des alten Damms und sank dort auf Grund. Dort mag es, falls das Geben sich nicht als lohnend erweist, liegen, solange es will. Uns stört es dort nicht. Kurz darnach fuhren wir mit einem Boot längs der Küste und kletterten an der steilen Bordwand empor. Der Anblick, der sich uns bot, war trotz allem, was man nach dem äußeren Aussehen des Schiffes erwartet hatte, erschütternd. Nichts Lebendes mehr. Nur Tote überall zerstreut, die meisten im blauen Matrosenanzug, einige nur in Kaschi und Stahlhelm. Keine Planke, keine Stütze, keine Treppe mehr heil, mit Splintern und Trümmern zerrissen, daneben hier und da glimmende Brände. Ein Schiff ist es nicht mehr. Aber unsere Werkten werden doch den großen Materialvorrat dieses Wracks mit Freuden an sich nehmen. Nach den Aussagen der Gefangenen sind es diesmal keine Freiwilligen gewesen, die die Besatzung von „Vindictive“ gebildet haben. Unteroffiziere und Mannschaften jedenfalls haben noch beim Inseegehen nicht gehaut, worum es sich handelt. Erst dicht vor Ostende war den Heizen eröffnet worden, wenn sich etwas besonderes ereignen sollte, sollten sie am Heck über Bord springen. Die Gefangenen klagten bitter darüber, daß sie auf eine solch rücksichtslose Weise in den Tod getrieben werden. Es muß den Engländern schlecht gehen, wenn sie mit Menschenleben und Schiffswerten so verschwenderisch umgehen, um dann doch nichts zu erreichen. Mit solchen Abenteuern wendet England das Schicksal nicht ab, dem es durch unsere Erfolge im Westen und durch den U-Bootkrieg entgegengetrieben wird.

### Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 12. Mai. (W.B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. In den Schlachtfrenten blieb die Gesichtstätigkeit auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt. Nördlich vom Kemmel und am Südufer der Ys griff der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung an; an mehreren Stellen stieß er zu starken Erkundungen vor. Nördlich vom Kemmel brachten wir im Nahkampf den feindlichen Angriff in unseren Linien zum Scheitern; im übrigen brachten seine Sturmtruppen schon in unserem Feuer zusammen. Auf dem Westufer der Ysre entwickelten sich aus einem Vorstoß südwestlich von Mailluy heftige Kämpfe, in denen wir mehr als 30 Gefangene machten. Zwischen Ysre und Dije mehrfach Erkundungsgeschehen.

Im der übrigen Front nichts von Bedeutung. Im Luftkampfe wurden an den beiden letzten Tagen 19 feindliche Flugzeuge abgeschossen; 12 von ihnen brachte das bisher von Rittermeister Freiherr von Richthofen geführte Jagdgeschwader zum Absturz. Leutnant Loewenhardt errang seinen 20. und 21. Luftsieg.

Der 1. Generalquartiermeister: Rubendorff.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht. Wien, 12. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wieder verlautbart: Im Basubio-Gebiet griff der Feind vorgestern unsere Sicherungstruppen an, wobei es ihm gelungen ist, in unsere Vortellung auf dem Monte Corno einzudringen. Unter gestern angelegter Gegenstoß warf die Italiener wieder hinaus. In anderen Abschnitten der Gebirgsfront wurden italienische Erkundungsabteilungen abgewiesen. Feldpost Oberleutnant Linke-Crawford schoss am 11. Mai 2 englische Flugzeuge ab und errang damit seinen 22. und 23. Luftsieg.

In Albanien stellenweise lebhafter Kampftätigkeit. Der Chef des Generalstabes.

Beschichtung von Amiens. Berlin, 13. Mai. In englischen Blättern wird auf Amiens berichtet: Bis jetzt fielen 7000 deutsche Granaten in die Stadt Amiens. 12000 Häuser wurden getroffen. In die Kathedrale schlugen neun Granaten ein. Von 120 000 Einwohnern sind nur noch einige übrig geblieben.

Das Ende des finnischen Bürgerkrieges. Berlin, 12. Mai. (Privatmeldung.) Die täglichen amtlichen Berichte des finnischen Hauptquartiers sind nunmehr eingestellt worden. Es ist dies, wie dem „B. Z.“ aus Stockholm berichtet wird, ein sichtbares Zeichen dafür, daß der Bürgerkrieg in Finnland erfolgreich beendet ist. Die 12 Mitglieder der finnischen Roten Regierung befinden sich in Petersburg mit einer Menge von Flüchtlingen der Roten Garde. Die finnische Regierung soll, wie verlautet, die Auslieferung der Roten Regierung von Rußland gefordert haben, es ist jedoch anzunehmen, daß die russische Regierung diesem Verlangen nicht nachkommen wird.

Einstellung der kriegerischen Operationen in der Ukraine. Berlin, 12. Mai. (Privatmeldung.) Nach der „Riensoja Wschl“ wurde der „B. Z.“ zufolge an der Kurskfront am 4. Mai zwischen deutsch-ukrainischen und russischen Kommandostellen ein Vertrag über Einstellung der kriegerischen Operationen abgeschlossen.

# Deutsches Reich.

## Der englische Abenteurer.

Der schon bekannte Houston Stewart Chamberlain habe in einem Artikel in der alldeutschen „Deutschen Zeitung“ davon gesprochen, daß behauptet werde, die „Frankfurter Zeitung“ sei in Feindesbesitz. Auf Grund dieser Bemerkung hätten der gesamte Ausschußrat und sämtliche Redaktionen des Blattes gegen Chamberlain Klage wegen Verleumdung und willkürlicher Verbreitung von unrichtigen Tatsachen erhoben. Das Amtsgericht Frankfurt hatte in einem Urteil die Klage abgewiesen. Gegen diese Abweisung haben die Kläger beim Landgericht Frankfurt Beschwerde geführt. Das Landgericht Frankfurt hat nunmehr, wie die „Schn. Zig.“ meldet, den außergerichtlichen Vergleich aufgehoben und bis Hauptverfahren gegen Chamberlain eröffnet.

Es ist höchste Zeit, daß der wütende alldeutsche Schreiber seinen Namen findet. Dieser Engländer, der seit Kriegsausbruch sein früheres Vaterland in der übelsten Weise beschmutzt und heruntermischt und sich als Sittenwächter über deutsche Art und deutsches Weien aufspielt, ist eine der widerwärtigsten Erscheinungen in Deutschland geworden. Da er aber Sozialdemokraten und Friedensfreunde irrt, „Gott strafe England“ fetet und von Wahrheit aus die Welt unter das Joch seines Gottes Drück bringen möchte, so ist dieser „Fremdräufel“ ein gut gestrichener Gast, und jeder Journalist muß ihn um die Freiheit beneiden, die er bei seinen schriftstellerischen Ergüssen genießt.

Seine Anstellung in den Ostseeprovinzen. Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen bewilligte eine halbe Million zur Beteiligung an einer in der Gründung begriffenen Gesellschaft für deutsche Anstellung in den Ostseeprovinzen.

Konstant als Reichstagskandidat. Für die Reichstagswahl in Mecklenburg-Südlich ist der preussische Landtagsabgeordnete Porzany von den Polen als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Seine Wahl darf als sicher gelten.

## Aus der Partei.

Die „Unabhängigen“ und ihre Steuerpolitik. Die „Leipziger Volkszeitung“ behauptet in einer ihrer letzten Nummern nicht mehr und nicht weniger, als daß in der Steuerfrage die Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion dahin gingen, die Besitzenden vor hohen direkten Steuern zu beschützen. Das klingt so unglücklich, daß wir die Verpfändung fühlen, diese Behauptung des „unabhängigen“ Blattes nicht zu gütieren. Sie lautet:

„Sie (die Sozialdemokraten) wollen sich beteiligen an der Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien, durch die das Glas Bier des Arbeiters verteuert wird, damit die Reizenden nicht durch hohe direkte Steuern bestraft werden sollen.“

Der drohende Verlust eines weiteren „unabhängigen“ Mandates bei der Wahl im 18. sächsischen Wahlkreis scheint die Leute von der „Leipziger Volkszeitung“ um den letzten Rest von kritischer Bewertung ihrer Arbeit gebracht zu haben. Somit hätten sie sich vergeblich bemüht, daß die von ihnen behauptete Wirkung der steuerlichen Entlastung von der — unabhängigen Steuerpolitik ausgeht. Gerade die „Unabhängigen“ haben nämlich gegen die direkte Besteuerung der Kriegsgewinnler gekämpft, indem sie die den Besitz belastende Kriegsgewinnsteuer ablehnten, die nicht weniger als 5,7 Milliarden gebracht hat! Was die von der Leipziger herangezogene Biersteuer angeht, so ist von der sozialdemokratischen Fraktion bereits bei der ersten Beratung am 26. April erklärt worden, daß für sie die Biersteuer unannehmbar sei. Und die sechs Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion haben demgemäß am Freitag in der Getränkesteuerkommission des Reichstags gegen den § 8 der Vorlage gestimmt, der die Steuerbelastung des Bieres um ungefähr 12 Pf. für das Liter Volk Bier bringen soll.

Da man dies auch in Leipzig gewußt haben muß, hat man sich also einer Behauptung wider besseres Wissen, einer bewußten Lüge schuldig gemacht.

Aber was der Grund bei der Sache ist: Nach dem entrißten Anspitz der Leipzigerin sollte man wenigstens annehmen, daß die „Unabhängigen“ der „Steuerpolitik“ der bürgerlichen Parteien gegenüber freudig und spät auf dem Boden seien und den Steuerpolitikern scharf auf die Finger pakteten. Ja, das sollte man annehmen! Was vermeldet aber statt dessen der Parlamentsbericht?

## Kriegerische Abenteuer eines Friedfertigen.

Eine Erzählung von Heinrich Sjöckle.

(Schluß.)

### Schönes Morgenrot.

Sankt schlich der Wagen im Sande fort. Ich ließ den Pferden ihren beliebigen Schritt, hielt meine schlummernde Unsicherheit fest im Arm, schloß die müden Augenlider, um bequem von Friederiken, Marie und allen Sinnen zu träumen, die mir das Wachen nicht gab, und so ward aus dem willkürlichen Geträum zuletzt wirklicher Schlummer.

Ich und meine Schlagschiffen erweckten sich zu gleicher Zeit, als der Wagen aus dem nassen Sande plötzlich über einen hölzernen Prügelbaum fuhr. Es war schon hell. Vor uns im Hintergrunde der Landschaft brannte ein prächtiges dunkelglühendes Morgenrot, welches blendend auf unsere Augen fiel.

Erst sah ich auf meine braven Pferde, dann auf meine Reizegeheulschwestern. Sie rieb sich mit beiden Händen die Augen; ich rieb mir die meigenen. Dann sahen wir uns gang trocken einander an. Sie rieb sich wieder die Augen; ich mußte desgleichen tun, denn das Morgenrot hatte mich, glaube ich, blind gemacht. Ich sah sie wieder an; sie mich. Und nun erst war ich überzeugt, daß ich noch schlief und von Friederiken träumte, denn sie sah, so kam es mir jetzt vor, neben mir.

„Aber mein Gott, Herr Doktor, sind Sie es?“ fragte sie mit ihrer leisen, schönen Silberstimme und betrachtete mein Angesicht und den werdenden Schnurrbart — Ueberrest meiner ehemaligen Generaladjutanten-Uniform — bald meinen beschmierten und zerrissenen Bauernfittel.

„Ach, Friederike!“ rief ich, „wie kommen Sie hierher? und zu mir?“

Jetzt fragten wir nicht mehr. — Unsere Augen verdunkelten sich jetzt in den Tränen wehmütiger Seligkeit — ich ließ das Reithorn fallen — wie schlossen Brust an Brust, Mund an Mund; und in langen Krüsen tauchten wir Leben um Leben, Seele um Seele. — O wir hatten uns wieder; und

das aufgewachte, das oben Abstammung hat, die einzelnen Steuerparagrafen, auch über den Verparagrafen, hat das unabhängige Kommissionsmitglied der Unabhängigen, Herr Simon, durch Abwesenheit geglaubt, und zwar unentschuldig. Er hat also nicht dagegen gestimmt, sondern hat die „bürgerliche Steuer-macherei“ bei der Abstimmung stillschweigend über die Arbeiterschaft ergehen lassen!

So stehen die Dinge! Die Wahlschlüsse der letzten Jahrzehnte bieten manches herzhafte Beispiel hanebüchener Tatsacheneinstellung. Besonders die Geschichte der Wirksamkeit des Reichsverbandes ist reich daran. Den Vogel hat aber mit der vorstehend geschilderten Aktion die „Leipziger Volkszeitung“ abgeschossen! Sie ist mit ihrer Polemik gegen die „Regierungssozialisten“ allgemach in Bahnen geraten, in denen man sich über nichts mehr wundern darf. Den Anspruch, ernst genommen zu werden, hat sie ja seit langem fallen gelassen.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Mai.

Vizepräsident Dr. Kaasche eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Marineetats.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen im Hauptauschuss und spricht der gesamten Flotte uneingeschränkten Dank des Reichstages für ihre Leistungen in diesem Kriege aus. (Lebhafte Beifall.) Der gleiche Dank gebührt den Verfein.

Staatssekretär v. Capelle: Ich spreche meinen Dank aus für die anerkennenden Worte, die der Berichterstatter für die Tätigkeit der Marine und Verfein gefunden hat. Mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg haben wir eine sehr starke Seeoffensive gegen die Entente begonnen. Auch der April ist laut den bisherigen vorliegenden Nachrichten günstig. Natürlich sind auch Verluste eingetreten. Aber was die Hauptfrage ist, während der Dauer des uneingeschränkten U-Bootkrieges hat der Zuwachs der U-Boote die Zahl der Verluste übertroffen. Unsere Seeoffensive steht heute stärker da als zu Beginn (Südt. hört!). Und das gibt uns die sichere Aussicht auf den schließlichen Erfolg. Der U-Bootkrieg wächst sich mehr und mehr zu einem sicheren Kampf zwischen U-Boot und Neubauleistung aus. Bisher sind die Neubauten um ein Vielfaches übertroffen worden, was uns selbst englische Minister zugeben, und was aus einem Erlaß an die englischen Werftarbeiter zu erkennen ist. Was Amerika baut, ist bis jetzt sehr gering und bleibt hinter den Erwartungen zurück. Auch bei einer Steigerung wird dieser Zuwachs von Amerika selbst aufgebraucht. Zu den Verleihen durch die U-Boote kommt noch ein starker Abgang an Schiffen durch Seesunfälle und U-Bootschiffe hinzu. Wenn das englische Volk die Drohung, daß wenn der Landkrieg verloren geht, der Seekrieg weiter geht, zu der einzigen macht, dann werden auch unsere U-Boote ihre Pflicht tun (Bravo!) und der Erfolg wird ihnen sicher nicht fehlen. (Bravo!) Die Gegner werden dann sehen, daß unsere U-Boote länger ausfallen. (Sehr gut!) Die gesamte dazu geeignete Kriegsinindustrie wird in den Dienst des U-Bootbaues gestellt werden. Es wird Vorzüge getroffen werden, daß noch auf Jahre hinaus keine Lücken in der Ablieferung neuer U-Boote entstehen können (Bravo!) Wir haben allen Grund, mit Vertrauen und Zuversicht auf unsere U-Boote zu sehen (Bravo!) und fest darauf zu bauen, daß sie im Verein mit unseren siegreichen Deeren ihr Ziel erreichen werden. (Bravo!) Heute früh haben Sie von dem neuen englischen Vortrags gegen Ostende geleitet. Der englische Bericht behauptet, daß dieser Vortrags von Erfolg gekrönt gewesen sei. Demgegenüber stellen wir fest, wie aus den amtlichen Veröffentlichungen hervorgeht, daß der englische Kreuzer „Vindictive“ außerhalb des Fockelwassers gesunken ist. Der Angriff ist, wie der erste, als Mißlungen zu bezeichnen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Diebel (Soz.): Auf die Streiffrage des U-Bootkrieges gehe ich nach der Aussprache im Hauptauschuss nicht ein. Die Angeestellten namentlich in den bestetzten Gebieten, haben beredigte Klagen wegen ihrer Bezüge. Im Diktatwesen bestehen ganz ungeheure Gärten. Die etatmäßigen Stellen müssen vermehrt werden, schon um den Bestellten das Wohnungsgeld zukommen zu lassen. Den Worten des Dankes sollte man auch die Tat des Dankes zugeben. Wegen des scharfen Tones in den Einreden dürften die

der langen, ewigen Trennung, wieder! und wie unerhofft, wie wunderbar! Vergessen war aller Schmerz der Vergangenheit! Vergessen alles Gland des Lebens, meine Sorgen, ihre Tränen; vergessen jede Gemütswohle der Zukunft. Wir atmeten in einer schönen Welt. Das Gedächtnis hat von uns — alles war selbe Verklärung.

Nur der verrückte Prügeldamm, auf dem der Wagen so unruhig herging, ließ sich selbst unsere schlummernden Lippen vollständig voneinander verloren und mühsam wieder finden mußten — nur der Prügeldamm, bei dessen Anlage man vermuthlich solche stürzende Szene nicht bedacht hatte — er trennte uns, da wir glaubten, der Tod könne uns nicht wieder ertöden. O wie gern wären wir Brust an Brust gestorben!

Ich nahm das Reithorn wieder zur Hand. Und nun gang aus Fragen her und hin. Und ob wir uns gleich sahen, und ob wir einander gleich fest Gond in Hand hielten, als fürchten wir, uns in engen Augen doreinander zu verlieren, wurden wir doch zweifelhaft, ob wirs auch wirklich wären. — Sie war schöner, als ich sie jemals gesehen; das Morgenrot umstrahlte sie mit einer Glorie. Ich mußte nach etwami das Reithorn fallen lassen.

Was ich von meinen kriegerischen Abenteuern Friederiken erzählte, wußten meine Väter; aber Friederike hörte sie aufmerksam und begieriger an, als sie gesehen werden mögen. — Die Begebenheiten meiner Verlobten waren ungleich einfacher. Sie hatte von ihrer Herrschaft die Entlassung erhalten. Nur vor dem Einrücken der Franzosen in die Hauptstadt glücklich die Herrschaft nach Stettin, und der Himmel ließ mich wohnen. Friederiken schwebte anzuwillen in Todesängeln; bekam endlich einen Preis von ihrer beizigen Mutter und den Beifall Berlin zu verlassen und zu ihr zu kommen. Sie reiste also, eine geborene Lady, ob, nachdem sie meinem allen nötigen Vorgesetzten hinterlassen hatte; fuhr mit Belegen bis Frankfurt; und machte sich von da, weil die Franzosen alle Pferde und Wagen in Beifall genommen, über Mail in dem Augenblicke meins verglichen zu einer unruhigen Reise betrogen mochte, wieder zu Fuß auf den Weg. Müde und mit dem Fuß in die Erde, aber in das Dorf, von wo an ich die Ehe hatte, ihr Reithorn zu werden.

Abg. Stresemann (Natl.): Der ganze Reichstag, einschließlich der Sozialdemokratie, ist darin einig, daß wir uns die Waffe des U-Bootkrieges nicht aus der Hand nehmen lassen dürfen. Die geistlichen Invidanturbeamtenstellen sollen wieder in den Haushalt eingereiht werden. Die Stadt Wilhelmshaven will zur Verhütung der dort besonders brennenden Wohnungsnot Kriegseinheiten bauen. Das nötige Gelände muß der Stadt eingeräumt werden. Wilhelmshaven ist überhaupt das Stiefkind der Marine.

Staatssekretär v. Capelle: Die Pflicht, für den Handwerkerstand zu sorgen, erkenne ich voll an. Die von dem Vorredner bemän-

Angestellter nicht zurückgewiesen werden. Ueber Mißstände braucht man sich nicht zu wundern, wenn Beamte vorhanden sind, wie Admiralitätsrat Freyrichs, der in Brügge bei der Bevölkerung durch sein provozierendes Auftreten sich höchst unliebsam gemacht hat.

Staatssekretär v. Capelle: Klagen über Admiralitätsrat Freyrichs sind mir nicht bekannt. Ich werde das Vorgebrachte prüfen. Treffen die Klagen zu, so werde ich das Verhalten mißbilligen. Ich selbst habe ihn dorthin kommandiert, da er mir als tüchtigee Beamter bekannt ist. In der Fürsorge für die Beamten tun wir alles, was in unseren Kräften steht. Wir können aber darin nicht allein vorgehen. Wir sind auf die Reichsfinanzverwaltung und das preussische Finanzministerium angewiesen.

Geh. Admiralitätsrat Harms: Die Aufbesserung der Beamten, Angestellten und Arbeiter ist seit dem Kriege möglich. Heute werden Zulagen gewährt, auch mit Berücksichtigung der Kinderzahl. Eintheilen wird es bei dem System der persönlichen Zulage bleiben müssen, um einen Ausgleich zu schaffen. Auch für die Rentner ist viel zu geschehen.

Abg. Weinhäuser (F. Sp.): Der Flotte wissen wir in ihrer Gesamtheit Dank für ihre großen Leistungen. Das deutsche Volk hat das volle Vertrauen zu ihr, daß der Feind nicht an unsere Küsten herankommt. Wenn eine Neuregelung des Gehaltswesens erst später erfolgen kann, so müssen die Unterstützungen weisheitsgemäß behandelt werden. In Danzig sollen schwarze Listen auf den Werften bestehen. Ist ein Verfein vorhanden, daß auf Grund von Abmachungen mit Privatverfein in Danzig Arbeiter der einen Werft nicht bei einer anderen angenommen werden dürfen? Eine derartige Verfeinung dürfte nicht bestehen. Die Arbeiter wünschen Abschaffung des Inzidenzweges, damit sie direkt zu ihren Vorgesetzten gehen können. Das wäre ein Weg zum Ausbau des Arbeiterauschusses. Für die Inzidenzverfeinung muß etwas geschehen, ohne erst ausführliche Gesuche wenig schreiige Einreden Leute abzuwarten.

Staatssekretär v. Capelle: Ich halte es nicht für zulässig, daß kaiserliche Werften sich an den Abmachungen beteiligen, die zwischen Arbeitgebern geschlossen werden, um Arbeitern der einen Werft den Zutritt zur Arbeit in einer anderen zu verschließen. Ich habe den betreffenden Behörden nochmals Anweisung gegeben.

Vizeadmiral Gehringhaus: Die Abschaffung des Einjährigendienstes ist von der Marine überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Geh. Admiralitätsrat Harms geht auf die Besoldungsbeurteilung auf den Werften ein und erstört insbesondere die Arbeits-säp.

Abg. Schürmer (Zentr.): Es ist mir niemand im Haupte, der nicht die genossenen Leistungen unserer Marine anerkennt. Die im Privatdienstbeschäftigten angestellten Vize- und technischen Angestellten müssen Beamtenvergütungen erhalten. Ich begrüße es, daß sie mit den Gesellschaftsvorsetzern verhandeln, wenn das, daß eine Verfeinung der Arbeiter nicht gebilligt werden soll, erstere mich.

Abg. Kapp (Konf.): Die vom Ausschuss vorgenommene Streichung von Invidanturbeamtenstellen ist Sparsamkeit am falschen Platz, wo es sich um die Kontrollierung von Millionenlieferungen handelt. Die Angestelltenausschüsse dürfen nicht Einfluß auf den Gehalts- und Dienstverfein gewinnen. Der uneingeschränkte U-Bootkrieg ist das einzige Mittel, um England von den Ausbesserungskrieg abzurufen. Wir müssen alle Maßnahmen treffen, daß der U-Bootkrieg nicht etwa durch völlerrechtliche Abmachungen in den Friedensverträgen befristet wird. Wir brauchen dieses Verteidigungsmittel zur Wahrung unserer Seegeleitung, ebenso wie wir das Flugzeug nicht missen können. Das neutrale Ausland wollen wir nicht von den Rohstoffen abscheiden. (Vizepräsident Dobe ermahnt den Redner, auf die Frage nicht einzugehen.) Wir begrüßen die Zusage, daß eine Lücke im U-Bootbau nicht eintreten soll.

Abg. Stresemann (Natl.): Der ganze Reichstag, einschließlich der Sozialdemokratie, ist darin einig, daß wir uns die Waffe des U-Bootkrieges nicht aus der Hand nehmen lassen dürfen. Die geistlichen Invidanturbeamtenstellen sollen wieder in den Haushalt eingereiht werden. Die Stadt Wilhelmshaven will zur Verhütung der dort besonders brennenden Wohnungsnot Kriegseinheiten bauen. Das nötige Gelände muß der Stadt eingeräumt werden. Wilhelmshaven ist überhaupt das Stiefkind der Marine.

Staatssekretär v. Capelle: Die Pflicht, für den Handwerkerstand zu sorgen, erkenne ich voll an. Die von dem Vorredner bemän-

der langen, ewigen Trennung, wieder! und wie unerhofft, wie wunderbar! Vergessen war aller Schmerz der Vergangenheit! Vergessen alles Gland des Lebens, meine Sorgen, ihre Tränen; vergessen jede Gemütswohle der Zukunft. Wir atmeten in einer schönen Welt. Das Gedächtnis hat von uns — alles war selbe Verklärung.

Nur der verrückte Prügeldamm, auf dem der Wagen so unruhig herging, ließ sich selbst unsere schlummernden Lippen vollständig voneinander verloren und mühsam wieder finden mußten — nur der Prügeldamm, bei dessen Anlage man vermuthlich solche stürzende Szene nicht bedacht hatte — er trennte uns, da wir glaubten, der Tod könne uns nicht wieder ertöden. O wie gern wären wir Brust an Brust gestorben!

Ich nahm das Reithorn wieder zur Hand. Und nun gang aus Fragen her und hin. Und ob wir uns gleich sahen, und ob wir einander gleich fest Gond in Hand hielten, als fürchten wir, uns in engen Augen doreinander zu verlieren, wurden wir doch zweifelhaft, ob wirs auch wirklich wären. — Sie war schöner, als ich sie jemals gesehen; das Morgenrot umstrahlte sie mit einer Glorie. Ich mußte nach etwami das Reithorn fallen lassen.

Was ich von meinen kriegerischen Abenteuern Friederiken erzählte, wußten meine Väter; aber Friederike hörte sie aufmerksam und begieriger an, als sie gesehen werden mögen. — Die Begebenheiten meiner Verlobten waren ungleich einfacher. Sie hatte von ihrer Herrschaft die Entlassung erhalten. Nur vor dem Einrücken der Franzosen in die Hauptstadt glücklich die Herrschaft nach Stettin, und der Himmel ließ mich wohnen. Friederiken schwebte anzuwillen in Todesängeln; bekam endlich einen Preis von ihrer beizigen Mutter und den Beifall Berlin zu verlassen und zu ihr zu kommen. Sie reiste also, eine geborene Lady, ob, nachdem sie meinem allen nötigen Vorgesetzten hinterlassen hatte; fuhr mit Belegen bis Frankfurt; und machte sich von da, weil die Franzosen alle Pferde und Wagen in Beifall genommen, über Mail in dem Augenblicke meins verglichen zu einer unruhigen Reise betrogen mochte, wieder zu Fuß auf den Weg. Müde und mit dem Fuß in die Erde, aber in das Dorf, von wo an ich die Ehe hatte, ihr Reithorn zu werden.

Abg. Stresemann (Natl.): Der ganze Reichstag, einschließlich der Sozialdemokratie, ist darin einig, daß wir uns die Waffe des U-Bootkrieges nicht aus der Hand nehmen lassen dürfen. Die geistlichen Invidanturbeamtenstellen sollen wieder in den Haushalt eingereiht werden. Die Stadt Wilhelmshaven will zur Verhütung der dort besonders brennenden Wohnungsnot Kriegseinheiten bauen. Das nötige Gelände muß der Stadt eingeräumt werden. Wilhelmshaven ist überhaupt das Stiefkind der Marine.

Staatssekretär v. Capelle: Die Pflicht, für den Handwerkerstand zu sorgen, erkenne ich voll an. Die von dem Vorredner bemän-

### Es wird Tag.

Untenweg — auch Liebende wollen gestärkt haben, und zum Wohnort von Friederiken Mutter waren es noch einige Meilen — verdrängt im ersten Verhauss unter scharfem Schermeßer der letzte Rest meiner Generaladjutantur von der Oberlippe. Friederike konnte mir für ihr Geld — ich weiß nicht, wie sie den Trübel austrotzte — bei dem Anstmann oder Schreiber einen ehrbaren Heberack und Gut, so, daß ich doch, ohne Aufsehen zu erregen, bei einem hübschen wohlgekleideten Mädchen im Wagen sitzen konnte.

So fuhrten wir weiter. Es war Tag geworden; auch in meinem Gemüth ward es sonnigerer Tag. Friederike waren wir von der Krone, also Gedächtnis mußte gemacht werden. Darüber waren wir einig. Ich sollte unbedenken nach Frankfurt am Main schreiben, um meinen Väter wegen des Es-Reichsgraten und der Marie zu befragen. Ermählter Väter war ich doch einmal, trotzdem daß ich im französischen Bivard neben den Siegesliedern die Solation verbrannt hatte. — Friederike hatte beinahe hundert Lieder erpart; davon ließ sich anfangs das Leben fristen. Und wenn alles Unglück zummenlichung, konnte ich ja irgendwo noch eine Werkstücke anlegen. Wie Brot und Wasser; das hüßten wir, konnten wir glücklich sein; nur nicht voneinander getrennt, auch bei allem Ueberdruß nicht.

Indem wir uns in unserer bittren Armut küß beweisen, sie von nobelsten Suppen, ich von der Emphase eines selbigen Schulmeisters sprach, ging's kling! kling! auf den Fußboden des Wagens. Wie ich hinab. Es war ein blauer Louisd'or.

„Hast du ihn verloren?“ fragte ich Friederiken. „Ach, habe kein Geld.“ sagte sie.

Wir nahmen die meide Gabe, als Nachloß meines selbigen Herrn Emphes für meinen Antiferloß.

Nach einer Weile abermals kling! kling! — und wieder ein Louisd'or. — „Wahrhaftig“, sagte ich, „wir haben einen alten Schutzgeist, oder eine gültige Fee, die unser frommes Verfein gebietet hat. Ich hab auch diesen auf und ich festig umher, ob er noch Brüder habe. Alles war leer. Es tat mir

alle Gerichte...  
...wird eine Be...  
...haben ist nicht...  
...guten Sin...  
...Abg. Vog...  
...trages ist ni...  
...des Lesers...  
...Diese geistl...  
...Hüttmann, G...  
...von seinen...  
...ung der Ana...  
...Abg. Wer...  
...schlicht zum...  
...haben ist...  
...der Marine...  
...ständig werden...  
...Mische me...  
...Abg. Sub...  
...habe Zeuge...  
...Damit ja...  
...päter statt...  
...Wächte Ge...  
...Golonaleit...

Teuerung...  
...Bundesrat be...  
...Abtracht der...  
...Das Prar...  
...beratung d...  
...gegenhand d...  
...Nationalliberal...  
...Stimmen des...  
...Sozialisten an...  
...Scheidung eine...  
...der Antrag...  
...Was ist b...  
...„erger“ hör...  
...Kampfpartei be...  
...In Hauptaus...  
...Kommen an...  
...zu lassen...  
...er dem von d...  
...und mißbillig...

Aus dem...  
...Weder ein...  
...heinnige...  
...Quartierberei...  
...am des Hau...  
...Abfragen...  
...nate Erz be...  
...ten in verhö...  
...Stellen...  
...des Vizekanzler...  
...Bemerkung...  
...bernde sich in...  
...„erkannt...  
...machte, u...  
...führt der Of...  
...die dazu führ...

Ed. Bald da...  
...male. „Hier...  
...helt die Pferd...  
...von unterm...  
...die Goldquelle...  
...mit Gemalt, 1...  
...Bürnen einer...  
...höhere Gebirg...  
...einander. W...  
...wusste ich nicht...  
...über Friederik...  
...unsere Bef...  
...nicht besahen...  
...bern, bernabr...  
...hätten wir...  
...Die alte A...  
...empfang uns f...  
...geben; aber...  
...gen, Pferd, ve...  
...müden Kopf m...  
...Wage.

So endeten...  
...zu werden...  
...mein Weibchen...  
...Dem Berl...  
...Bühnenwerk, u...  
...trefft hatte; de...  
...ist in einer de...  
...und Kostianen...  
...für Fried...  
...mein Paradies...  
...Die numer...  
...Kage Dauen...  
...beunter neun...  
...1917 fortgesetzt...  
...wegen ge...  
...Hinterbodenarbei...  
...Häuser, Hüßsch...  
...hatte, in einzel...  
...weilten. Der A...  
...angelenen Person...  
...verantworf...  
...Eine kleine...  
...haben hat sich...  
...haben eine ange...  
...leben und einer...  
...sozialist...  
...Die numer...  
...Kage Dauen...  
...beunter neun...  
...1917 fortgesetzt...  
...wegen ge...  
...Hinterbodenarbei...  
...Häuser, Hüßsch...  
...hatte, in einzel...  
...weilten. Der A...  
...angelenen Person...  
...verantworf...  
...Eine kleine...  
...haben hat sich...  
...haben eine ange...  
...leben und einer...  
...sozialist...

Die Errichtung einer Zisterne auf der Wilhelmshavener Werft ist wohl notwendig. Diese wird aber verschwinden, wenn ich es irgendwie verantworten kann. Bezüglich der Kriegseinsparnisse wird eine Besprechung mit dem Bürgermeister stattfinden. Der Krieg in Wilhelmshaven ist aber besonders beschränkt. Wilhelmshaven ist nicht das Stiefkind der Marine, sondern ihre Garnison im guten Sinne.

**Hg. Vogt (H. S.):** Die Einigkeit hinsichtlich des U-Bootkrieges ist nicht auf uns ausgedehnt. Den Marineoffizieren ist das Lesen unabhängiger sozialdemokratischer Blätter verboten. Diese geistige Ankerkette ist unerhört. Das Verfahren gegen Schulmann, Gaase und mich ist nun nach sieben Monaten eingestellt. Reichszentralrat Graf Hertling hat noch keinen Anlaß genommen, die von seinem Vorgänger Dr. Michaelis ausgesprochene Ausschaltung der Unabhängigen Sozialdemokraten rückgängig zu machen.

**Hg. Werner-Dersfeld (D. Fr.):** Der U-Bootkrieg kommt doch schließlich zum Ziel, wenn auch der Abg. Vogt nicht für ihn zu haben ist. Unserer jungen Marine gebührt unser Dank. Bei der Marinelieferungen muß das Handwerk grundsätzlich berücksichtigt werden. Redner bespricht sodann die Gehaltsfragen und Wünsche mehrerer Beamtencategorien.

**Hg. Gubrich (D. Fr.):** Die Deckoffiziere klagen über mangelhafte Bezüge und schlechte Beförderungsverhältnisse. Damit schließt die Generaldebatte. Die Abstimmung findet später statt. Es tritt Vertagung ein.

Nächste Sitzung Montag, 2 Uhr nachmittags. Fortsetzung. Redaktionsrat, Justizrat. — Schluß 1/8 Uhr.

**„Teuerungszulagen“ für die Reichstagsabgeordneten.** Der Reichsrat beschloß, die Löhne der Reichstagsabgeordneten in Betracht der Teuerung von 3000 auf 5000 Mark zu erhöhen.

**Das Branntweinmonopol.** Der Ausschuß des Reichstags zur Vorbereitung des Branntweinmonopols hat den § 1 der Vorlage (gegenstand des Monopols) mit 14 Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und sozialdemokratischen Fraktion gegen 12 Stimmen des Zentrums, der Fortschrittler und der unabhängigen Sozialisten angenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Abschaffung eines Herstellungsmopols wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

**Was ist bei den Fortschrittler los?** Wie der „Berl. Sozialdemokrat“ hört, hat die Reichstagsfraktion der fortschrittlichen Sozialpartei beschlossen, sich in Fragen der auswärtigen Politik im Hauptauschuss durch die Herren Fischer und Müller-Rönnings an Stelle der Herren Gotthein und Haas vertreten zu lassen. Beide Herren stehen in den Fragen der Disziplin vor dem von dem Reichszentralrat vertretenen Standpunkte und mißbilligen den jüngsten Vorstoß des Abg. Erzberger.

**Quertreiber.**

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: „Wieder einmal belächelt sich die halb-amerikanische, halb-englische „Vossische Zeitung“ in durcheinander politischer Quertreiberei. In einer Notiz über die letzten Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstags in Sachen der Fragen besauptete sie, am Mittwoch habe der Abgeordnete Erzberger einen „wohlüberlegten Vorstoß“ gemacht, der in verheißvoller Form (so) seine Spitze gegen die militärischen Stellen richtete.“ Es bedauert angesichts der Erklärung des Reichszentralrats v. Papen, die Reichsleitung frage die volle Verantwortung für die Gestaltung der Dinge im Osten und Westende sich in keinerlei Gegenatz zur Obersten Heeresleitung, ein „vertrauensvolles Stück, wenn der Abg. Erzberger den Vorstoß machte, unter Ausnutzung der Unsicherheit über die Zukunft der Ostländer eine Aktion des Reichstags einzuleiten, die dazu führen müßte, das sichere Vertrauen zu den obersten

militärischen Stellen und damit die Grundlage unserer Erfolge in der Vergangenheit, wie unserer Zuversicht für die Zukunft in unverantwortlicher Weise zu beeinträchtigen.“ Erzberger sei deshalb vom Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Gröber „in der entschiedensten Weise desavouiert worden“ und ebenso habe die Fortschrittliche Volkspartei abgelehnt, sich seinem Vorgehen anzuschließen. Unter diesen Umständen habe sich Erzberger genötigt gesehen, den Entwurf einer Entschließung einstweilen zurückzugeben.

Es ist nicht unsere Sache, den Abg. Erzberger zu verteidigen; er weiß sich ja erfahrungsgemäß auch selbst zur Wehr zu setzen, wenn er angegriffen wird. Aber zur Steuer der Wahrheit sei mitgeteilt, daß die oben zusammengefaßte Denkschrift eine Darstellung der „Vossischen Zeitung“ der Tatsachen in gar keiner Weise entspricht. Nicht vom Abg. Erzberger, sondern von Fortschrittler stammt der Entwurf einer Entschließung her, die dem Zweck dienen sollte, einer vierköpfigen sehr wichtigen und aufschlußreichen Erörterung einen früheren Abschluß zu geben. Sie richtete sich nicht gegen die Oberste Heeresleitung, sondern stellte allgemeine Richtlinien für die Führung der politischen Geschäfte auf, die so sehr „offene Türen“ erantant, daß der Reichszentralrat sie seine Zustimmung nicht geben zu können erklärte. Es ist sehr bedauerlich, daß die im Interfraktionellen Ausschuß vertretenen Mehrheitsparteien keine Gelegenheit genommen oder gefunden haben, die Angelegenheit in Ruhe und mit Grundlichkeit gemeinsam zu beraten. Warum es nicht geschah, ist, entzieht sich unserer Kenntnis; wahrscheinlich einfach aus Zeitmangel. Denn jetzt herrscht im Reichstag wieder einmal jene trübselige „Geschäftigkeit“, die gerade die in den Ausschüssen sitzenden Abgeordneten zwingt, von einer Sitzung zur anderen zu eilen und eine Besprechung an die andere anzuschließen — ein Zustand, der sich in Verbindung mit anderen Umständen schon wiederholt für die ordnungsmäßige und gewissenhafte Erledigung der parlamentarischen Geschäfte als sehr wenig förderlich erwiesen hat.

Bei den Erörterungen der ukrainischen Angelegenheiten haben sich die Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei den im wesentlichen auch von der Sozialdemokratie geteilten Bedenken des Abg. Erzberger vollkommen angeschlossen. Auch aus ihren Äußerungen klingt die bange Sorge heraus, ob nach den bisherigen Rezepten und von den bisher mit ihrer Durchführung betrauten Männern eine wirkliche „Befriedigung“ des Ostens zu erwarten sei; auch sie vermischen einen festen Plan und eine sichere Hand bei der Reichsregierung in diesen Dingen, etwas was durch die reichlich „offiziös“ klingenden, im Kern doch wirklich nichtsagenden Erklärungen des Reichszentralrats nicht ersetzt werden kann. Es ist eine tief bedauerliche Tatsache, daß gerade jetzt der Zusammenhang zwischen Regierung und Volksvertretung sehr viel zu wünschen übrig läßt. Zum Teil ist daran sicherlich die hoffentlich bald zu Ende gehende monatlanges Abwesenheit des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, von Kühmann, Schuld, zum Teil liegen die Gründe aber in dem von einem sozialdemokratischen Redner herbeigehobenen Umstand, daß in leitenden Stellen dieser „parlamentarischen Regierung“ Männer ihr Wesen treiben, die den politischen Verkehr zwischen Wilhelmshafen und Romiasplatz so sehr wie möglich eingeschränkt sehen wollen. Quertreibereien, wie die der entwerfer ahnungslosen (wenn auch, wie immer, unehrer wichtigstehenden) oder überblöhlenden „Vossischen Ztg.“ führen jenen Männern eine sehr erwünschte Unterbrechung zu. Als das Ziel ihrer Bemühungen haben sie sich aber nicht den von der „Vossischen Zeitung“ ebenso emphatisch wie überflüssig betonten „Schutz der obersten Heeresleitung“ angesetzt, sondern die Abdrängung dieser oder einer nach ihr kommenden

Minister der Kinder, wobei sie für den Rang 1 Mark für die Ledertrommeln 50 Pfg. bezahlte. Die beschlagnahmten Ledertrommeln wurden mit einer Pistole fortgeschafft. Bald stellte es sich heraus, daß es sich um einen unerschämten Gaunerstreich handelte. Man versteht nicht, wie die Lehrgenossen der vermeintlichen Beschlagnahmekommission ohne irgend einen Ausweis einen solchen Anlauf gestalten konnten. Man sieht daraus, daß eine gebörige Portion Frechheit und Unverschämtheit jetzt im Kriege die höchsten Tugenden bleiben kann.

**Die Frau mit den zwei Männern.** Der Krieg hat einer Bürgerfrau in der Mark zwei lebende Ehemänner beschert. Kurz nach Ausbruch des Krieges wurde der Landwirt Hermann G. aus der Kolonie Brünge, Kreis Soldin, der gegen die Russen kämpfte, als vermißt gemeldet. Da bis Ende des Jahres 1916 keine Nachricht von L. bei seiner Frau anlangte, so mußte angenommen werden, daß der Ehemann gefallen sei. Infolgedessen ging die Frau eine zweite Ehe mit dem dortigen Weibler P. ein. Dieser Tage jedoch erhielt die Frau von ihrem ersten Mann einen solchen Brief, in welchem er ihr mitteilte, daß er von den Russen in Sibirien interniert gewesen sei. Es sei ihm gelungen, infolge der russischen Wirren nach Deutschland zurückzukehren und sich dort bei dem nächsten deutschen Kommando zu melden. Nun hat Frau G. zwei Ehemänner, die sie amtlich und gesetzlich durch das Standesamt erworben hat.

Ueber die Grenzen der politischen Machtbefugnis hat sich das Reichsgericht in bemerkenswerter Weise ausgesprochen. Es handelte sich um eine Angelegenheit, die sich in Lidterfeld e nach der Schlacht bei Tannenberg abspielte, und bei der ein Fabrikant E. nach einem Renkontre mit einem Polizeibeamten tot zusammenbrach. Die Gemeinde, die auf die Klage der Erben zur Tragung der Beerdigungskosten auch in der Berufungsinanz verurteilt worden war, hatte gegen das Urteil Revision eingelegt, die jedoch vom Reichsgericht verworfen wurde. In der Begründung zu dieser Entscheidung heißt es unter anderem: Die Festnahme des E. war eine sträflich verkehrte Handlung. Der Polizeibeamte habe nicht aus jactulischen Gründen, sondern lediglich zu dem Zweck, um an E. für dessen Aeußerung: „Ein Offizier wird es wohl besser wissen wie ein Soldat“, durch die er sich in seiner Eitelkeit gekränkt fühlte, Rache zu nehmen. Zur Befriedigung persönlicher Rachegefühle darf aber ein Vollzugsbeamter von den ihm verliehenen Machtbefugnissen keinen Gebrauch machen. Der Kommissar habe E. im Gemd gepackt, ihn hin und her geschüttelt und vor sich hergezogen. Dazu war er weder veranlaßt noch befugt. Auch den Polizeibeamten E. treffe der Vorwurf der Amtsverletzung, er war nicht berechtigt, E. vor sich herzuführen. Dessen Einwand, er leide an Herzschwäche, hätte er beachten müssen. Der ursächliche Zusammenhang zwischen der Verletzung der Amtspflicht und dem Tode des Fabrikanten sei einwandfrei bezeugt worden. Die Gemeinde sei darum haftpflichtig.

**Aus aller Welt.**

**Die nummerierten Angeklagten.** Ein Reijenprozess, der acht Tage dauern dürfte, begann in Hannover. 65 Personen, darunter neun Frauen, sind angeklagt, im Sommer und Herbst 1917 fortgesetzt Pakete und Kisten aus den Gütern des Reichsbodenarbeiters, Rangierarbeiters, Zugabfertiger, Rangierarbeiters, Hilfschaffner, Ausschussarbeiters und sonstige Hilfskräfte, in einzelnen Fällen auch um Rangiermeister und Lagermeister. Der Anklageraum bietet ein merkwürdiges Bild, da die angeklagten Personen zur besseren Kennzeichnung große Nummern auf der Brust tragen.

**Eine kleine Anekdote.** Ein fast ungläubiges Gaunerstückchen hat sich in Essen zugezogen. In den Volkshäusern erhalten eine angeblich amtliche Kommission, aus zwei Militärpersonen und einem Schutzmänn bestehend, in voller Uniform, mit massiven Seitengewehr und beschlagene die Schul-

menden neuen Regierung von allem, was man mit dem Worte „Reorientierung“ zusammenzufassen sich gewöhnt hat.

**Baden.**

**Die Dienstwohnung des Herrn Generaldirektors.** Dem Herrn Finanzminister hat der Artikel des „Volkstfreund“, der von der Dienstwohnung des neuen Herrn Generaldirektors handelte, sehr mißfallen. In der letzten Sitzung der Budgetkommission brachte er vor Eintritt in die Tagesordnung den Artikel zur Sprache und sagte, daß er in einem unfreundlichen Tone gehalten und einem agitativen Bedürfnis entsprungen sei. Durch solche Mitteilungen würde die Schaffensfreudigkeit des Herrn Generaldirektors beeinträchtigt, das Ansehen und die Autorität bei den Beamten leiden; der Herr Finanzminister hätte erwartet, daß man die Autorität des Generaldirektors stütze und nicht seinen Arm lähme.

Wenn die Angelegenheit der neuen Dienstwohnung eine für die hohen Herren wenig erhellende Wendung genommen hat, so sind doch in erster Linie sie selbst daran schuld. Der „Volkstfreund“ hatte die Vermutung, der Reichszentralrat von der großen Mißstimmung Kenntnis zu geben. Gütten die verantwortlichen Stellen dem Landtag von ihren Bau- und Umzugsplänen rechtzeitig Kenntnis gegeben, dann hätte die Sache sehr wahrscheinlich einen anderen, die Herren besser befriedigenden Verlauf genommen. Der Herr Finanzminister kann uns nicht davon überzeugen, daß die neue Dienstwohnung, jetzt im 4. Kriegsjahr, notwendig war, nachdem die alte zwei Generaldirektoren mehr als 20 Jahre als Wohnung gedient hatte. Auch den Camand müssen wir als wenig glücklich bezeichnen, daß es dienstliche Gründe waren, eine neue Wohnung zu schaffen und daß dadurch für den Dienst mehr Räume gewonnen wurden. Wenn dem so ist, weshalb hat man dann gerade im dienstlichen Interesse nicht schon lange das gemacht, was jetzt geschieht? Und schließlich vermögen wir nicht einzusehen, warum am Ende des 4. Kriegsjahres eine so umfangreiche und kostspielige Änderung vorgenommen worden ist. Frägnien nimmt der Staat das Letzte und Notwendigste weg und beschlagmamt es im militärischen Interesse. Nicht einmal Deckziegel sind mehr zu bekommen, um ein schadhaf geworbenes Dach auszubessern. Für eine neue Dienstwohnung sind aber alle notwendigen Baustoffe da.

Wenn der Herr Finanzminister die von uns genannte Bauausgabe von 70000 Mark als phantastisch bezeichnet hat und feststellte, daß die Kosten nur 34000 Mark betragen, so ist das wieder nicht unsere Schuld. Das sind lediglich die Folgen einer ungeächzten Geheimnisthämerei. Im Uebrigen sind die 34000 Mark nicht der volle Bauaufwand. Dazu kommen noch die Summen, die erforderlich sind, um die alte Wohnung zu bürstet werden herzurichten. Das wird auch nicht billig sein. Die „phantastische Zahl“ des „Volkstfreund“ wird also der Wirklichkeit ziemlich nahe kommen.

In der Stärkung und Erhaltung der Staatsautorität, von der der Herr Finanzminister gesprochen hat, hat auch die Sozialdemokratie ein Interesse, aber ein ganz anderes wie der Herr Minister sammelt. Vielleicht lassen wir uns darüber ein anderes Mal deutlicher aus.

**r. Dorich 18. Mai.** Gestern, Sonntag, früh machte der etwa 60 Jahre alte Basarbräuer Herr Fleischmann seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Ursache der Tat sind häusliche Streitigkeiten.

**r. Nassau, 12. Mai.** Um die Bedürfnisse eines Badener Soldaten zu decken, mußte ein hiesiger Wagnermeister Notachtung an einen Laden vornehmen. Die hiesige Polizei, welche Kunde von der Angelegenheit bekam, hat das geladene Reich der Freiheit und den Wagnermeister auf einige Wochen dem Schwabensonderbühlentorium überwiesen.

**Einheim, 12. Mai.** Im Gleisbruch Bornberg fiel der 60jährige Leopold Rapp etwa 5 Meter hoch herunter und erlitt dabei schwere innere Verletzungen.

**Orb, 12. Mai.** In der Rheinbrücke konnte ein Gendarm eine arbeiter Ladung Branntwein feststellen, die in das Glas geschmuggelt werden sollte. Der Fahrmann wurde zuerst durch Fluß der Verhaftung zu entgehen, als ihm dies nicht mehr möglich war, warf er eine Handflache zu Boden und vernichtete so 30 Liter: 800 Liter herunter nach getreilt werden. Der Eigentümer des Schanapies konnte nach nicht ermittelt werden.

**Trüben, 12. Mai.** Beim Schicksal bei Hochbach wurde der 27 Jahre alte Pöcker Flecker aus Schönbach tot aufgefunden. Sie war prattig nach normal und hat sich von Stöckelmalstürme getrennt, vermutlich wird sie in eine Kiste gehackt werden sollte.

**Wannheim, 10. Mai.** Drei Jahre lang hielt sich der in Frankreich, nachgehende Staatsanwalt Müller verbergen, davon 1 1/2 Jahre in Mannheim. Aus einem der ersten Gefühle zu Beginn des Krieges war er entlassen und in die französische Gegend zurückgeführt, wodurch er auf der Reichsliste als vermisst gemeldet wurde. Seine Frau, die es verstand, über Mann gut zu berichten, trat Demerscheidung und wurde die Kriegsunterstützung des Staats und der Reichsleitung, bei der ihr Mann in Arbeit gefangen hatte, ein. Durch eine Anzeige erfuhr die Polizei von dem Versteckten Müller, als sie aber zur Verhaftung schritten wollte, wurde Müller entlassen. (Frbg. Ztg.)

**Wiesbaden, 18. Mai.** Der ersten hier angekommener schiffen Paket, das von Oberbayern als Paket- und Postpaket deklariert war, schaffte man heraus. Das Paket wurde an der Bahn geöffnet und man fand darin ein goldbeschriebenes ganzes Schmein. Das Paket war unter einer Deckelung für ein hiesiges Hotel bestimmt — Nach vierjähriger Wanderung um die ganze Erde ist in diesen Tagen bei in hoch am Unterne ostliche Räder und Schriftsteller Erud Schwanmann herumgeführt. Er war vor Kriegseinsatz abgereist, in Form in englische Kriegesgesellschaft geraten und jetzt nach oberdeutschen Grenzgeßen in die Heimat zurückgeführt.

**Wannheim, 12. Mai.** Zwei beim Bauarbeiten auf dem Zentralbahnhofs beschäftigte Arbeiter brachten, wie das „Wannheimer Laubblatt“ berichtet, durch falsches Aufschieben einen Waagen Futter auf die Erde und machten die Ladung dann zu Geld. Die waren lag, handelt es sich um 60 Zentner, nach anderer Besart sogar um einen Wert von über 100 000 Mk. Die beiden „Schreiber“ sind verhaftet.

**Wannheim, 12. Mai.** In dem Schwabensonderbühlentorium hat am Donnerstagabend ein 16jähriger Junge nach voranschreitendem Erre: seine 17jährige Schwester mit einem Taschenmesser erlödet. Das Mädchen war selbst bei.

Die Liebesgabenfähigkeit des roten Kreuzes. Bei der Karls-  
 auser Hauptkassette des Bad. Landesvereins vom roten  
 Kreuz sind seit Kriegsbeginn für Liebesgaben an unsere Truppen  
 im Felde sowie an vorüberkommende Einzelmännchen  
 2700 000 M. und für Lazarette, Genesungsheime, Erfrischung-  
 stellen usw. 700 000 M., zusammen somit 3 400 000 M. auf-  
 gewendet worden. Bei der gleichfalls in Karlsruhe bestehenden  
 Lebensmittelabteilung vom roten Kreuz, welche sich im wesentlichen  
 mit der Teilversorgung von Lebens- und Genusmitteln für die  
 Karlsruher Lazarette und Wohltätigkeitsanstalten befaßt, betrug  
 der Umsatz bisher 820 000 M. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen,  
 in welcher anerkennender Weise die Hauptkassette sich für die  
 Versorgung unserer kämpfenden wackeren Soldaten, wie auch für  
 die verwundeten und kranken Soldaten betätigt hat.

Aus der Geschichte des Baden-Badener Kurhauses. In diesen  
 Tagen, wo die Pracht des Frühlings den Aufenthalt in Baden-  
 Baden besonders genutzbar macht, wird das Kurhaus wieder  
 zum Mittelpunkt jener vornehmen Gesellschaft, die einen Haupt-  
 reiz dieser einziggearteten Kulturstätte bildet. Die Entwicklung  
 des Kurhauses ist ein Stück fesselnder Kunst- und Kulturgeschichte,  
 an sich die man in einem vornehm ausgestatteten und illustrierten,  
 im Verlag der C. F. Müller'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe  
 soeben erschienenen Werk „Das Kurhaus in Baden-Baden und  
 dessen Neubau 1912 bis 1917“ von Oberbaurat Prof. Stürzen-  
 geder (Preis 12 Mark) verfolgen kann. Eine glänzende Epoche im  
 Baden-Badener Leben ist der faszinierende Hintergrund, auf  
 dem sich die Geschichte des Bauwerkes abzeichnet. Auch dieses,  
 in seinem neuen inneren Aussehen im Kriege überdauert, ist, in seiner  
 edlen künstlerischen Form ein Beweis für den hohen und idealen  
 deutschen Sinn. Das Buch hat dem Forscher, wie dem Besucher  
 Badens in gleicher Weise Bedeutendes zu sagen.

### Kommunalpolitik.

#### Wohnungsnot und Wohnungsteuerung.

In einer vom Deutschen Verein für Wohnungs-  
 reform e. V. und vom Mieter-Schutz-Verein e. V. zu  
 Frankfurt a. M. einberufenen Versammlung führte Stadtrat Dr.  
 Landmann (Frankfurt) aus, daß es nach dem Krieg zu sozialen  
 Spannungen unerfreulicher Art kommen könne, wenn nicht durch-  
 greifende Vorbereitungen zur Linderung des Wohnungs-  
 mangels getroffen werden. Die Zahl der jährlich neu herge-  
 stellten Wohnungen beschränkte sich vor dem Krieg auf 200 000. Es  
 sind also infolge des Krieges rund 800 000 Wohnungen ungebaut  
 geblieben, und auch nach dem Krieg wird es zunächst noch an Ar-  
 beitern und Baustoffen fehlen. Vor Ablauf von zwei Jahren  
 nach Friedensschluß ist nicht damit zu rechnen, daß in nennens-  
 wertem Maße Kleinwohnungen zur Fertigstellung kommen. Wir  
 brauchen also eine Uebergangswirtschaft im Wohnungswesen. In  
 einer mehr oder weniger langen Uebergangszeit wird man sich  
 mit der Benutzung von Schulen, Festhallen usw. für Wohn-  
 zwecke abfinden müssen, ebenso mit der Aufzucht von Baracken-  
 bauten. Bei planmäßigen Vorgehen wird man die vor dem Krieg  
 vorhanden gewesenen Mißstände zunächst beseitigen, insbesondere  
 die Lösung der großen Siedlungsprobleme versuchen. — Univer-  
 sitätsprofessor C. F. Fuchs (Tübingen) sprach über die „Wohnungs-  
 steuerung und die Mietregeln gegen sie“. Prof. Fuchs betonte,  
 daß die Bewilligung von Bargeldzuschüssen aus öffent-  
 lichen Mitteln unter Festlegung der Mietpreise nötig  
 sei. — Es wurde dann folgende Entschließung angenommen:  
 „Die Versammlung hält angeichts der drohenden gewalt-  
 tigen und verhängnisvollen Notstände auf dem Gebiete des  
 Wohnungswesens schnelle und großzügige Hilfe für ein un-  
 bedingtes Gebot der gesundheitlichen, sozialen und politischen  
 Wohlfahrt des deutschen Volkes, und sie begrüßt deshalb die vom  
 Wohnungsausschuß des Reichstages beantragte großzügige  
 Wohnungspolitik des Reiches und insbesondere die Vereinfachung  
 einer halben Milliarde Mark Reichsmittel als eine Maßnahme,  
 die eine wahrhaft erlösende Tat und einen bis in die ferne Zu-  
 kunft wirkenden Segen bedeuten würde.“

Außerdem wurde eine zweite Entschließung ange-  
 nommen, die eine Abänderung der Mieterschutzverordnung in  
 Anlehnung an die österreichische Verordnung verlangt. Es wer-  
 den darin insbesondere für notwendig erklärt: Ausdehnung der  
 Verordnung auf den Schutz der Hypothekenschuldner, die Mög-  
 lichkeit einer Prüfung der Angemessenheit der Mietzinsen, sowohl bei  
 abgeschlossenem Mietvertrag, als auch bei Neuvermietungen, und  
 die Ersetzung des Grundjahres des billigen Ermessens für die  
 Nachprüfung der Mietpreise durch die Festsetzung bestimmter Be-  
 dingungen für die Erhöhung, sowie auch die Vermehrung der  
 Mietleistungsdämmer.

Offenburg, 12. Mai. Für den 17. Mai ist eine Bürger-  
 ausschuss-Sitzung anberaumt. Neben einigen anderen  
 Sachen sollen Steuererhöhungen an städtische Beamte, Lehrer  
 und Arbeiter genehmigt werden. In der Hauptsache sollen  
 die Zulagen in der Höhe erfolgen, wie sie der Landtag den  
 staatlichen Beamten und Arbeitern zuerkannt hat. Bei dem  
 Staat hat aber jeder Beamte und Arbeiter ohne Unterschied  
 eine einmalige Zulage von 200 Mark erhalten, während die  
 städtischen Vorlage den Beamten und Lehrern diesen Betrag  
 auch gewährt, den Arbeitern aber nur 100 Mark. Begründet  
 wird dieser Unterschied damit, daß die Arbeiter schon eine  
 Lohnerhöhung erhalten hätten. Man kann wohl ruhig sagen,  
 daß diese Begründung kleinlich ist. Gerade die Arbeiter sind  
 in dieser Zeit trotz einiger Aufbesserung am übelsten daran.  
 Für Familienväter ist es wohl fast eine Kunst, heute unter  
 2000 Mark Jahreseinkommen auszukommen und sehr viele  
 auch bei der Stadt erreichen diesen Betrag bei weitem nicht.  
 Beamte mit dem doppelten und noch höheren Einkommen  
 können jedenfalls leichter durchhalten. Eine Vorklage ist zwei-  
 fellos auch bei den kleinen Beamten vorhanden und hier Zu-  
 lagen dringend notwendig, aber in erster Linie sollte man  
 unten anfangen. Die größten Zulagen sollten die kleinsten  
 und die kleinsten die größeren Einkommen erhalten, das wäre  
 ein Stück schöne Neuorientierung. Lassen wir doch die pre-  
 ventuale Berechnung weg, die gibt ein unrichtiges Bild. Man  
 kann hoffen, daß in der Sitzung noch eine Verbesserung er-  
 zielt wird, welche den Arbeitern zum mindesten die gleich ein-  
 malige Zulage gewährt, wie den viel besser gestellten Beamten  
 und Lehrern. In der Begründung ist noch gesagt, daß die  
 Beamten und Lehrer sich um Zulagen bemüht hätten, wäh-  
 rend von Arbeiterseite keine Ansprüche vorlagen. Arbeiter,  
 merkt euch dies!

Mannheim, 9. Mai. Der Mehrbedarf des Hoftheaters an  
 Gehältern und Löhnen beträgt im Theaterjahre 1918/19 rund  
 200 000 M. Um diesen Bedarf einzusparen, zu decken, sollen

die Eintrittspreise erhöht werden. Um beurteilen zu können,  
 welche Wirkung eine derartige Maßnahme auf den Besuch der  
 Vorstellungen ausübt, hat der Stadtrat alsbald zunächst die Tages-  
 preise erhöht. Hierbei hat sich ergeben, daß der Besuch nicht nach-  
 gelassen hat. Die verjüngte vorgekommene Erhöhung der  
 Tagespreise sollen nunmehr zu einer dauernden gemacht und auch  
 die Abonnements diesen Preisen angepaßt werden.

Die Städteordnung für die mittleren Städte. Der geschäfts-  
 führende Ausschuss des Verbandes der mittleren Städte Badens  
 hat sich vor kurzem mit der Frage einer Städteordnung für mit-  
 tere Städte befaßt. Während bei kleineren Städten des Verban-  
 des die Befürchtung aufgetreten war, daß die gleichgehenden Fak-  
 toren bei der Annahme einer Städteordnung ausbleiben würden,  
 hatten größere Städte Bedenken, daß eine Städteordnung,  
 die auch für kleine bestimmt wäre, nicht mit denjenigen Maß-  
 von Selbstverwaltungsberechtigungen ausgestattet werden würde,  
 das gefordert werden müsse. Die Besprechung hat zu einer Befreiung  
 der Bedenken geführt und man nahm in diesem Sinne folgende  
 Entschließung an: „Die Städteordnung für mittlere Städte soll  
 obligatorisch die Städte umfassen, die nicht der Städteordnung für  
 Großstädte unterliegen oder sich ihr unterstellen und die über  
 4000 Einwohner haben. Die kleinen Städte sollen berechtigt sein,  
 sie anzunehmen. Landgemeinden mit über 4000 Einwohnern  
 sollen der Städteordnung nicht obligatorisch unterstellt werden, ihr  
 freiwilliger Beitritt sollte davon abhängig sein, daß sie Städte  
 werden. Die Städteordnung für mittlere Städte soll in dem  
 Sinne angetrebt werden, daß sie für alle die ihr zu unterstellen-  
 den Städte das höchste erreichbare Maß von Rechten und Freihei-  
 ten enthält. Wenn es sich im Laufe der Verhandlungen zeigt,  
 daß nicht für alle diese Städte das gleiche Maß von Rechten und  
 Freiheiten erreichbar ist, soll der Gedanke einer gemeinsamen  
 Städteordnung für sie nicht erlassen werden, sondern es soll nur  
 innerhalb der Städteordnung eine Abstufung in diesem Punkte  
 erfolgen.“

### Aus der Stadt.

#### \* Karlsruhe, 13. Mai.

Hemus mit dem Zuder, das Publikum lechzt darnach!  
 Wie vor kurzem in Karlsruhe, so hat auch in Leipzig an-  
 läßlich der Beistellung von Marmeladenfabriken der Abteil-  
 ungschef der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Herr Dr. Vovonich,  
 einen Vortrag über die Marmeladenherstellung gehalten. Nach den „Neuesten Nachr.“  
 hat er, ganz ähnlich wie in Karlsruhe, sich über den Zusam-  
 menhang von Zuderreichtum und Marmeladenfabrikation aus-  
 gesprochen und dabei u. a. gesagt:

„Im vorigen Frühjahr seien von 341 Zuderfabriken  
 338 Millionen Zentner Zudererbsen verarbeitet worden,  
 aus denen 54 Millionen Zentner Rohzuder gewonnen  
 wurden. Für diese ungeheure Erzeugung war der deut-  
 sche Markt nicht aufnahmefähig, weshalb ein bedeutender Teil  
 ans Ausland abge-  
 geben werden mußte.“

Wenn das richtig ist, so ist es höchste Zeit, daß das Publikum  
 in Stadt und Land der Reichsstelle mit allem Nachdruck klar-  
 macht, daß unter dem Begriff „deutscher Markt“ nicht nur  
 die den Zuder verarbeitenden Industrien, sondern auch das  
 Zuder verbrauchende Publikum gehört. Daß dieser Teil  
 des „deutschen Marktes“ für ein Mehr von Zuder nicht auf-  
 nahmefähig gewesen sein soll oder ist, das kann nur jemand  
 behaupten, der jede, aber auch jede Fäulung mit dem  
 Volke verloren hat. Das Publikum lechzt geradezu  
 nach mehr Zuder. Wenn es sich selber geduldet in die Zuck-  
 erknappheit gefügt hat, so nur deshalb, weil es der Meinung  
 war, es sei nicht genügend Zuder vorhanden, da die Munition-  
 herstellung große Ansprüche mache, die in erster Linie be-  
 friedigt werden müssen. Wenn dem aber nicht so ist, und  
 Herr Dr. Vovonich als Stellvertreter des Leiters der Reichs-  
 stelle, des Herrn v. Tilly, muß es wissen, wenn im Gegenteil  
 so viel Zuder vorhanden ist, daß der überflüssige Zuder ins  
 Ausland abgeschoben werden mußte, so darf von der angekün-  
 digten Verminderung der Zuteilung von Ein-  
 machung der nicht nur keine Rede sein, sondern  
 muß mit aller Entschiedenheit eine Verdop-  
 pelung der Zuckerration, die auf den Stand der  
 Volksernährung von ungemein wohlthätigem Einfluß wäre, ge-  
 fordert werden.

Rechts wird Hofarbeiter auf den Wochenmarkt gebracht.  
 Die wenigsten Hausfrauen können solchen Lasten, gewöhnlich  
 einmache, da ihnen der nötige Zuder fehlt, denn das geringe  
 zur Verteilung gelangende Quantum Zuder reicht kaum aus,  
 die Kaffeegeschäfte zu füllen.

Und dabei soll der „deutsche Markt“ mit Zuder überflüssig  
 sein. Nein, und abermals nein. Heraus mit dem Zuder,  
 das Publikum nimmt gern das doppelte und dreifache Quan-  
 tum auf.

Zwangsmolkereien. Vor kurzem hat der Stadtrat veran-  
 laßt, daß in einigen Gemeinden des Amtsbezirks Donau-  
 eichingen, die die Vergünstigungen hatten, anstelle von Milch  
 eine entsprechende Menge Butter an die Stadt Karlsruhe zu  
 liefern, mit dieser Lieferung aber weit hinter den vorgeschrie-  
 benen Mengen zurückgeblieben sind. Zwangsmolkereien  
 errichtet und durch sachverständige Beauftragte betrieben wer-  
 den. Da nun drei weitere Gemeinden dieses Bezirks mit  
 ihren Butterlieferungen gleichfalls erheblich im Rückstand ge-  
 blieben sind, beschloß der Stadtrat, auch in diesen Gemeinden  
 Molkereien unter den gleichen Bedingungen einzurichten.

Spende für den Dreikönigsfest des Badischen Heimatsbunds.  
 Aus Anlaß der Ernennung des Geschäftsführers von Karlsruher  
 Malzstoffs-Fabriken, des Herrn Geh. Kommerzienrats H. Ault  
 in München, zum Geh. Kommerzienrat hat die Gesellschaft den  
 Städten, in denen sich ihre Niederlagen befinden größere Stiftun-  
 gen gemacht. Nach ihrer Mitteilung an den Oberbürgermeister  
 entfällt davon auf die Stadt Karlsruhe der Betrag von 35 000  
 Mark der zur Vermehrung der dortigen Stiftung von 40 000  
 Mark dienen und wie diese für hilfsbedürftige Kinder von  
 Frauen und von infolge von Kriegsdienstbeschädigung verstor-  
 benen Einwohnern der Stadt Karlsruhe verwendet werden soll, wo-  
 bei in erster Linie die Kinder von Angehörigen der Gesellschaft  
 zu berücksichtigen sind.

Städt. Luft- und Sonnenbad. Auf Antrag des Städt. Besor-  
 gunges und der städt. Badverwaltung werden für die Benutzung  
 des städt. Luft- und Sonnenbades beim Elektrizitätswerk und der  
 Straßenbahn wieder Gemeindefachweine ausgegeben. Ein Fest  
 mit 10 Scheinen kostet 50 M. Jeder Schein berechtigt zur Be-  
 nützung der Straßenbahn auf der Hin- und Rückfahrt ohne Rück-  
 sicht auf die Länge der Strecke und zu einem Rad. Die Reste

werden an den Klassen des Luft- und Sonnenbades und des Men-  
 ordnendes sowie an der Verkaufsstelle am Mühlburger Tor, nicht  
 aber durch die Schaffner der Straßenbahn, abgegeben.

Die Stelle des Vorstandes des städt. Grundbuchamtes, dessen  
 jetziger Inhaber auf dem Felde der Ehre gefallen ist, wurde  
 vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses zum Abschluß  
 eines entsprechenden Dienstvertrages dem bisherigen 2. Grundbuch-  
 beamten, Stadtrat Dr. Frey Amman, übertragen.

Tätigkeit der Handelskammer im Jahre 1917. Aus dem von  
 der Handelskammer Karlsruhe jochen im Druck herausgegebenen  
 Uebersicht über das Jahr 1917 ist zu entnehmen, daß die Tätig-  
 keit der Kammer im verfloßenen Jahre namentlich gegenüber  
 der Friedenszeit eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Im  
 Vergleich von 1913 zu 1917 ist die Zahl der Eingänge von 287  
 auf 6973, die Zahl der Ausgänge von 11 269 auf 23 872 die Zahl  
 der Besuche (mündliche Auskünfte) von 1785 auf 9732 und die  
 Zahl der Ferngespräche von 1432 auf 12 240 gestiegen. Besonders  
 Erwähnung findet in dem Berichte noch die Tätigkeit der von der  
 Kammer bei der Vermittlung von Angeboten auf Hocher-  
 lieferungen ausgeübt wurde, ferner die umfangreiche und  
 achtvolle Tätigkeit, insbesondere bei der Ausführung des Hilt-  
 diensteiges bei militärischen Gesuchen um Ent-  
 lassung, Zurückführung, Verleihung und Beurlaubung und bei der  
 Ausstellung zahlreicher Bescheinigungen. Besondere Auf-  
 merksamkeit schenkte die Kammer ferner dem Detailhandel,  
 indem sie unter anderem ihren Kleinhandelsausfluß weiter aus-  
 baute.

Erhöhung der Hoftheater-Mietpreise. Man schreibt uns: Die  
 seit 1909 unveränderten Mietpreise für Theaterplätze werden hin-  
 gesehen auf die gesteigerten Aufwendungen für Personal und  
 Material um etwa 20 Prozent erhöht. Die neuen Preise bleiben  
 aber immer noch hinter den anderen Bühnen schon seit vielen  
 Jahren üblichen Mietpreisen zurück. Gleichzeitig tritt an die Stelle  
 der bisherigen Dreiteilung der Preise (A. B. C.), bei der der  
 Mieter der Theaterbesuch kurz vor Beginn einer anstehenden  
 Woche von der Theaterleitung auf den ihr geeignet scheinenden  
 Tag angekündigt wurde, eine Neueinteilung in fünf nach den  
 Wochentagen (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag und  
 Samstag) bezeichnete Abteilungen mit je 36 Vorstellungen. Der  
 Mieter erhält damit ein häufig an die Theaterleitung heran-  
 getretenen Wünsche entsprechend die Freiheit, sich den ihm ange-  
 nehmen Wochentag, der im allgemeinen festgehalten wird, zu  
 wählen. Damit wird auch die Gewähr der zeitlich regelmäßigen  
 Folge der Vorstellungen geboten, während beim bisherigen  
 System ungleichmäßige Zeitalstände zwischen den einzelnen Vor-  
 stellungen einer Abteilung nicht zu umgehen waren. Diese an den  
 wärts schon bewährte Neueinteilung dürfte von den ständigen Be-  
 suchern im Hinblick auf ihre familiären, gesellschaftlichen und an-  
 deren Verpflichtungen als eine entschiedene Verbesserung begrüßt  
 werden. Die Neueinteilung ist bezüglich der Zahl der Vorstellun-  
 gen ganz dem Umfang der bisherigen Einrichtung angepaßt. Be-  
 bisher ein Sechstel (36 Vorst.) hatte, erhält mit einer Woche-  
 miete die gleiche Zahl der Vorstellungen; der bisherige Inhaber  
 eines Drittels (72 Vorst.) wird mit der Zahl zweier verschiede-  
 ner Wochentage sein Bedürfnis decken. — Für die Sonntagsvor-  
 stellungen ist, wie in Frankfurt a. M. und Stuttgart, eine beson-  
 dere Abteilung mit entsprechend höheren Preisen in Gruppen von  
 9 Vorstellungen geplant. Damit wird den bisherigen Mietern  
 neben der Befreiung ihres Verfügungsrechts über den Sonntags-  
 tag durch den Einfluß dieses Tages in die allgemeine Woche  
 aufgelegt war, eine gewiß willkommene volle Bewegungsfreiheit  
 gewährt.

Hoftheater. In Dudenbergs Opernball, der am Dienstag  
 14. April, in Szene geht, sind beschäftigt die Damen v. Erb,  
 Friedrich, Motel-Tomshid und die Herren Vuffard, Neugebauer  
 und Sedel. Für die Partie der Marga ist Frau Wigi Max  
 früher am Hoftheater Darmstadt, verpflichtet worden. Oskar  
 Hugelmann, der bei Benno Jiegler Gesangstudien betrieben, nach  
 dem Theophil Kreisler darstellte. Die musikalische Leitung hat  
 Wilhelm Schweppe.

#### Staat und Nation in Oesterreich.

##### (Vortrag Dr. Stolper aus Wien.)

Die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Ver-  
 einigung“, die im Mai 1915 offenbar unter hoher Präferenz  
 gegründet wurde, hat sich mancherlei interessante Aufgaben ge-  
 stellt. Es handelt sich, wie ein Mitglied dieses Vereins sagt, u. a.  
 darum, eine richtige Form für die Anlehnung oder Einfügung  
 der ehemals russischen Mandatstaaten in die Verbände des deut-  
 schen Reiches und Oesterreich-Ungarns zu finden. Außerdem hat  
 der Verein sich unauflösbare Aufgaben gestellt. Er will nach kul-  
 turpolitischen Seite in Deutschland über die staatslich-wirtschaft-  
 lichen Verhältnisse der Doppelmonarchie orientieren, sowie die  
 Bevölkerung Oesterreich-Ungarns über deutsche Politik und deut-  
 sches Geschick aufklären.

Dem genannten kulturpolitischen Zweck dient der Vortrag,  
 welchen Dr. Stolper am 6. d. M. im großen Rathsaal hielt.  
 Mit dem Thema „Staat und Nation in Oesterreich“ hat  
 er uns ja allen bekannte Gegenstand, an dem die Donaumonarchie  
 seit langem krankt, in musterhafter Weise beigegeben. Denn be-  
 liegt es nicht so, wie etwa in Frankreich, in England und in  
 Großen und Ganzen bei uns, daß Staat und Nation eine Einheit  
 bilden. Dort ist die Zweipoligkeit der Nationen der Grund  
 für, daß das Gesamtleben der Völker von österreichisch-ungarischer  
 Staatszugehörigkeit nicht mit gesammelter Autorität zur Entwik-  
 lung kommen kann. Mit meisterhafter Rhetorik und Dialektik  
 wies Dr. Stolper, ein Medner ersten Ranges und ganz bemerkens-  
 wertes, auf die für historisch-politisch geistvolle Denkwürdigkeit  
 selbstverständliche Tatsache hin, daß diese Mißverhältnisse nicht  
 etwa Vorfälligkeit und Niedertrost einiger Demagogen verur-  
 sacht haben, sondern daß sie mit dem Wachstum des österreichisch-  
 ungarischen Staates natürlich entstanden sind. Die hauptsäch-  
 lichsten Völkerschaften, die Magyaren, die Tschechen, die Polen und  
 Deutschen Oesterreichs haben zunächst jahhundertlang in völliger  
 Selbstständigkeit ein geschickliches Dasein von Größe und Beherr-  
 schung erlebt. Als sie dann zu einem einheitlichen Verband, zu dem  
 Staatskörper der Donaumonarchie, zusammenschloßen, hat sich  
 das Bewußtsein ihrer ehemaligen Selbstständigkeit und ihrer ge-  
 schichtlichen Mission nicht verloren. Offiziell waren sie Oester-  
 reicher, im Herzen blieben sie Tschechen, Polen, Deutsche etc. Der  
 Krieg schloß aufangs mehr die Gemeinsamkeit mehrmals bieder  
 Nationen gewußt zu haben, aber als der Schwung des ersten  
 Aufschwungs aufgebrosch war, traten die Gegensätze wie mit der  
 Kraft einer lange zurückgehaltenen Reaktionsbewegung hervor.  
 Daß diese noch über das in den ursprünglichen Verhältnissen  
 liegende hinausgingen, daß jene Gegensätze schließlich  
 schärft wurden, dafür machte der Medner sehr feinsinnig die drei-  
 jährige Ausschaltung des Parlaments durch den Ministerpräsidenten

Nr. 11  
 ten Stürg  
 Galziens,  
 nationale  
 ten fläkte.  
 Verhältnis  
 aber auch  
 und militä  
 wie diese  
 schlag des  
 ein Dester  
 also von  
 Wälderchaf  
 Bewußtse  
 als daß sie  
 reicher fühl  
 Remer, ein  
 der den ein  
 nicht viel.  
 durch den  
 nation ein  
 anderen zu  
 ren in der  
 wirtschaftl  
 ohne Gern  
 wieder über  
 aber nicht  
 low und Ed  
 Der Vortrag  
 Nationalität  
 Die Er  
 lung zu der  
 und M  
 M. orität be  
 es, bezauber  
 aufammen  
 Die s Verh  
 hierin ge  
 enstliche  
 einer Seite  
 deutchen  
 einem alten

Freiburg,  
 ins St. W  
 Wille Kolb  
 10 Jahren  
 der Wohnu  
 kann diese  
 Ein Nech  
 Einflammer  
 halten mit  
 lant. Der W  
 Gängnis, di  
 und Geldtraf  
 Mosbach,  
 Kammher, d  
 von 15 Zent  
 trafe verurte  
 Staatsanwalt  
 1915 M.

Dani  
 Karlsru  
 Seldern  
 wasser  
 Taff-,  
 Frühja  
 Seldern  
 Seldern-,  
 Chl  
 Seldern-  
 Voile-  
 Kinder-

Bilde  
 Original  
 Größe 23/16  
 Wir haben  
 diese Bilder als  
 Einzelgenossen  
 Buch  
 Wir fu  
 für Karls  
 150  
 für leicht  
 städt.  
 arbeitsamt  
 Konsum  
 Wir empfe  
 la. eing  
 Verkauf an  
 gegeben.



# Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 13. Mai 1918.

- Weizengrieß**  
1/2 Pfund zum Preis von 7 Pfg. gegen die Marke E Nr. 85.
- Kochfertige Suppen V (eigene Herstellung)**  
1/2 Pfund gegen die Marke F Nr. 85.
- Marmelade**  
1 Pfund zum Preis von 92 Pfg. gegen die Marke G Nr. 85.
- Fett**  
125 gr gegen die Fettmarken A und B Nr. 85 und zwar in den Fettverkaufsstellen Nr. 201—291 Donnerstag bis Samstag, den 18. Mai 1918 einschließl.
- Gebäck**  
1 Paket Reis zum Preis von 40 Pfg gegen die Haushaltmarke A Nr. 5 und 1 Paket Reis und 1 Paket Zwiebel zum Preis von je 40 Pfg. gegen die Haushaltmarke B Nr. 5.
- Kondensierte Milch**  
1 Dose gegen die Haushaltmarke A Nr. 6 und eine Dose Milch und 100 Gramm Trockenmilch gegen die Haushaltmarke B Nr. 6. Preis für 100 Gr. Trockenmilch 50 Pfg.
- Dörrobst (Äpfel)**  
1/2 Pfund zu M. 1.60, markenfrei.
- Dörrgemüse (Gelbrüben)**  
1/2 Pfund zu M. 1.— markenfrei.
- Kindernährmittel**  
1 Paket von 250 g zu M. 1.— gegen die Zusatzmarke für Kindernährmittel Nr. 85.
- Fleisch**  
200 g (150 g Fleisch und 50 g Wurst).
- Kartoffeln**  
15 Pfund gegen die Kartoffelmarke B Nr. 85 mit Anhang für Schwerarbeiter weitere 3 Pfund gegen die Kartoffelmarken A und B Nr. 85.  
Ferner hat jeder Haushalt, welcher für die Zeit bis zum 19. Mai Kartoffeln eingelagert hat, für den Rest der Versorgungsperiode bis 3. August 1918, 75 Pfund Kartoffeln pro Kopf vom Kartoffelamt zu beziehen.
- Sauerkraut**  
In den städt. Verkaufsstellen und auf den Märkten wird Sauerkraut bis auf weiteres markenfrei abgegeben. Preis 25 Pfg. für das Pfund.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 14. Mai 1918.

**III. Einlösungstellen für Sondermarken (Krankenzufuhr- und F-Marken, Versorgung von Mutter und Kind und Zusatzkarten für Kindernährmittel) für die unter 1 bis 9 aufgeführten Lebensmittel:**

Die städtischen Verkaufsstellen Kaiserstraße 74, Kriegstraße 80, Karlstraße 23 und die Filiale der Firma Wankuch u. Co., Rheinstraße 25. Für Fett ferner die städt. Verkaufsstelle Butterblume, Amalienstraße 29.

**IV. Frist für Abrechnung und Ablieferung der Marken:** für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf der Verkaufszeit und für die anderen Waren: Mittwoch, den 22. Mai 1918.

**V. Für die Woche vom 20. bis 26. Mai 1918 sind zur Verteilung vorgelesen:**

Zeigwaren 1/2 Pfund	Dörrobst
Kochfertige Suppen 1/2 Pfund	Kindernährmittel
Marmelade 1 Pfund	Fleisch
Zucker 300 gr.	Kartoffeln
Fett	Sauerkraut
Kaffee-Ertrag 1/2 Pfund	
Dörrgemüse	

Karlsruhe, den 11. Mai 1918 8472  
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Mai 1918 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:

- 1 bis mit 2900: Dienstag den 14. Mai 1918,
- 2901 " " 5800: Mittwoch, den 15. Mai 1918,
- 5801 " " 8700: Donnerstag, den 16. Mai 1918,
- 8701 " " 11600: Freitag, den 17. Mai 1918,
- 11601 " " " " " " Samstag, den 18. Mai 1918,

jeweils vormittags von 8 bis 1/2 11 Uhr und nachmittags 1/2 3 bis 6 Uhr im großen Rathhaussaal.

Am Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsverkehrs muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 11. Mai 1918. 8470  
Das Bürgermeisteramt.

## Druckarbeiten

aller Art liefert schnell und billig  
Buchdruckerei Volkstreuend

## Bekanntmachung über rumänische Staatsanleihen.

Der am 7. Mai 1918 unterzeichnete deutsch-rumänische Friedensvertrag enthält u. a. folgende Bestimmungen:

Artikel 15 des rechtspolitischen Zusatzvertrages:  
Jeder vertragsschließende Teil wird sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Bezahlung seiner Verbindlichkeiten, insbesondere den öffentlichen Schuldendienst, gegenüber den Angehörigen des andern Teiles wieder aufnehmen; die vor der Ratifikation fällig gewordenen Verbindlichkeiten werden binnen drei Monaten nach der Ratifikation bezahlt werden.

Diese Bestimmungen finden keine Anwendung auf solche gegenüber einem Teil bestehenden Forderungen, die erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages auf Angehörige des andern Teiles übergegangen sind.

Mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Friedensvertrages ist es erforderlich, alsbald festzustellen, welche Stücke von rumänischen Staatsanleihen sowie welche bereits fällig gewordenen Zinsscheine und Stücke von solchen Papieren sich in deutschem Eigentum befinden. Zu diesem Zweck ergeben folgende Aufforderungen:

### A. betreffend die Einreichung der Stücke von rumänischen Staatsanleihen.

Die deutschen Eigentümer von rumänischen Staatsanleihen werden hierdurch aufgefordert, ihre Stücke bis zum 17. Mai 1918 bei einer Reichsbankanstalt, und zwar zunächst bei derjenigen, bei der sie auf Grund der Bekanntmachung über die Anmeldung von Wertpapieren vom 23. August 1916 (R.G.B. S. 952) angemeldet worden sind (in Berlin bei der Reichsbank, Komtur für Wertpapiere, Hausvogteiplatz 14, werktäglich von 9 bis 3 Uhr) einzureichen. Die Reichsbank wird ein amtliches Verzeichnis der Stücke anfertigen, es bleibt vorbehalten, sie mit einem Stempel zu versehen.

Zugelassen werden solche Stücke deutscher Eigentümer, 1. deren Anmeldung bei der Reichsbank auf Grund der Bekanntmachung vom 23. August 1916 erfolgt ist; 2. die auf Grund dieser Bekanntmachung anzumelden gewesen wären, deren Anmeldung aber aus nachweislich entschuldigen Gründen unterlassen worden ist; 3. die nachweislich spätestens am 7. Mai 1918 erworben worden sind.

Die Wertpapiere sind mit sämtlichen nach dem 7. Mai 1918 fälligen Zinsscheinen und mit den Talons unter Beifügung genauer, für jede Wertpapiergattung besonders aufzustellender und in der Nummernfolge geordneter Nummernverzeichnisse einzureichen.

Die Stücke verbleiben bis zur Aufnahme in das amtliche Verzeichnis und gegebenenfalls bis zur Abstempelung bei der Reichsbankanstalt. Die Stücke werden nur gegen Rückgabe der bei der Einreichung ausgefertigten Quittung wieder ausgehändigt.

Bei Einreichung der Papiere und der Nummernverzeichnisse haben die Einreicher schriftlich zu erklären, ob und wo die Papiere auf Grund der Bekanntmachung vom 23. August 1916 angemeldet worden sind. Auch kann die Weibringung der schriftlichen eidesstattlichen Versicherung verlangt werden, daß inzwischen ein Eigentumswechsel nicht stattgefunden hat.

Die Eigentümer von Wertpapieren, die sich bei Banken und Bankiers im offenen Depot befinden, werden sich wegen der Einreichung zweckmäßig mit ihrer Depotstelle in Verbindung setzen.

Die Reichsbankanstalten sind ermächtigt, Wertpapiere auch nach Ablauf der Einreichungsfrist entgegenzunehmen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Einreichung aus triftigen Gründen nicht innerhalb der Frist erfolgen konnte.

### B. betreffend die Niederlegung bereits fällig gewordener Zinsscheine und Stücke der unter A bezeichneten Wertpapiere.

Die deutschen Eigentümer von Zinsscheinen und Stücken von rumänischen Staatsanleihen, die vor dem 7. Mai 1918 fällig geworden sind, werden aufgefordert, sie bis zum 17. Mai 1918 bei einer der deutschen Bankstellen für rumänische Zinsscheine einzureichen, und zwar, falls bestimmte deutsche Bankstellen auf den Zinsscheinen oder Stücken angegeben sind, bei einer von diesen.

Bei oder möglichst umgehend nach der Einreichung ist die schriftliche Erklärung beizubringen, daß sich die Zinsscheine oder Stücke schon vor dem 7. Mai 1918 in deutschem Eigentum befanden haben. Die Glaubwürdigkeit dieser Erklärung ist von den Bankstellen zu prüfen; auch kann die Weibringung einer schriftlichen eidesstattlichen Versicherung verlangt werden.

Über die eingereichten Zinsscheine und Stücke sind der Bankstelle nach Anleihegattungen und Fälligkeiten geordnete Verzeichnisse einzureichen. Aus den Verzeichnissen muß die Anzahl und der Betrag der Abzinsungen gleicher Höhe und Fälligkeit und die Gesamtzahl und der Gesamtbetrag ersichtlich sein. Die Nummern der fällig gewordenen Stücke sind anzugeben; die Angabe der Nummern der Zinsscheine ist nicht erforderlich.

Die Zinsscheine und Stücke gelten im Sinne dieser Bekanntmachung als deutsches Eigentum, solange sie bei den Bankstellen hinterlegt bleiben. Letztere sind nicht verpflichtet, die von den einzelnen Hinterlegern bei ihnen eingereichten Zinsscheine und Stücke getrennt zu verwahren; sie dürfen bei Rückgabe von Zinsscheinen und Stücken solche in beliebiger Nummern derjenigen Anleihegattung an die Einreicher zurück liefern.

Die Eigentümer solcher Zinsscheine und Stücke, die sich bei Banken und Bankiers im offenen Depot befinden, werden sich wegen der Einreichung zweckmäßig mit ihrer Depotstelle in Verbindung setzen.

Die Bankstellen können Zinsscheine und Stücke auch nach Ablauf der Einreichungsfrist entgegennehmen, wenn glaubhaft gemacht wird, daß die Einreichung aus triftigen Gründen nicht innerhalb der Frist erfolgen konnte, doch haben sie sich dazu der

Genehmigung der Reichsbank zu versichern. Die Einreichung von durch die Post an die Bankstellen gesandten Zinsscheinen und Stücken wird als rechtzeitig bewirkt angesehen werden, wenn die Sendungen nachweislich innerhalb der Frist in Deutschland zur Post gegeben sind. 8465

Berlin, den 8. Mai 1918.

Der Reichskanzler:  
In Vertretung:  
Freiherr v. Stein.

## Bekanntmachung über Aktien von auf rumänischem Gebiete befindlichen Unternehmungen.

Der am 7. Mai 1918 unterzeichnete deutsch-rumänische Friedensvertrag enthält u. a. folgende Bestimmungen:

Artikel 6 des rechtspolitischen Zusatzvertrages:  
Rumänien wird Deutschen alle Schäden ersetzen, die ihnen auf seinem Gebiete durch militärische Maßnahmen einer der kriegführenden Mächte entstanden sind.

Die Bestimmung des Abs. 1 findet auch Anwendung auf Schäden, die Deutsche als Teilhaber, insbesondere auch als Aktionäre der auf rumänischem Gebiete befindlichen Unternehmungen erlitten haben. Sie findet keine Anwendung auf die Schäden, die Deutschen als Angehörigen der deutschen Streitmacht durch Kampfhandlungen zugefügt worden sind.

Mit Rücksicht auf diese Bestimmungen des Friedensvertrages erscheint es zweckmäßig, alsbald festzustellen, welche Aktien von auf rumänischem Gebiete befindlichen Unternehmungen — sei es, daß die Gesellschaft dort ihren Sitz hat oder dort eine Unternehmung unterhält — sich im deutschen Eigentum befinden. Zu diesem Zweck wird den deutschen Aktionären solcher Gesellschaften anheimgegeben, ihre Aktienurkunden bis zum 17. Mai 1918 bei einer Reichsbankanstalt und zwar, zunächst bei derjenigen, bei der sie auf Grund der Bekanntmachung über die Anmeldung von Wertpapieren vom 23. August 1916 (R.G.B. S. 952) angemeldet worden sind (in Berlin bei der Reichsbank, Komtur für Wertpapiere, Hausvogteiplatz 14, werktäglich von 9 bis 3 Uhr) einzureichen. Die Reichsbank wird ein amtliches Verzeichnis der eingereichten Aktien anfertigen.

Zugelassen werden solche Aktien deutscher Eigentümer, 1. deren Anmeldung bei der Reichsbank auf Grund der Bekanntmachung vom 23. August 1916 erfolgt ist; 2. die auf Grund dieser Bekanntmachung anzumelden gewesen wären, deren Anmeldung aber aus nachweislich entschuldigen Gründen unterlassen worden ist; 3. die nachweislich spätestens am 7. Mai 1918 erworben worden sind.

Die Aktien sind unter Beifügung von Verzeichnissen einzureichen, aus welchen ersichtlich ist:

1. Name und Sitz der Gesellschaft,
2. wenn der Sitz der Gesellschaft nicht in Rumänien ist, der Ort, an welchem die Gesellschaft auf rumänischem Gebiete eine Unternehmung unterhält,
3. die Art der Aktien (z. B. Vorzugsaktien, Stammaktien usw.),
4. die Nummern der Aktien.

Ferner sind die Schlussnoten oder sonstige Beweismittel über den Erwerb der Aktien vorzulegen.

Bei Einreichung der Aktien und der Verzeichnisse haben die Einreicher schriftlich zu erklären, ob und wo die Aktien auf Grund der Bekanntmachung vom 23. August 1916 angemeldet worden sind. Auch kann die Weibringung der eidesstattlichen Versicherung verlangt werden, daß inzwischen ein Eigentumswechsel nicht stattgefunden hat.

Die Eigentümer von Aktien, die sich bei Banken oder Bankiers im offenen Depot befinden, werden sich wegen der Einreichung der Aktien zweckmäßig mit ihrer Depotstelle in Verbindung setzen.

Die Aktienurkunden können bis zur Fertigstellung des Verzeichnisses bei der Reichsbankanstalt zurückgehalten werden. Die zurückgehaltenen Stücke werden nur gegen Rückgabe der bei der Einreichung ausgefertigten Quittung wieder ausgehändigt. Dabei erhält der Einreicher nach Prüfung der Staatsangehörigkeit und Eigentumsverhältnisse eine Bescheinigung der Reichsbankanstalt über die Einreichung und den Eigentumsverwerb. Diese Bescheinigung ist bestimmt, ihm bei Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gemäß Art. 6 des Zusatzvertrages zum Friedensvertrag zu erweisen. Ueber die Feststellung der Schäden ist in Art. 7 daselbst festgehendes bestimmt.

Zur Feststellung der nach Art. 6 zu erwerbenden Schäden soll alsbald nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Bukarest eine Kommission zusammengesetzt, die zu je einem Drittel aus Vertretern der beiden Teile und neutralen Mitgliedern gebildet wird; um die Bezeichnung der neutralen Mitglieder, darunter des Vorsitzenden, wird der Präsident der Interzonalen Bundesratrat gebeten werden.

Die Kommission stellt die für ihre Entscheidung maßgebenden Grundzüge auf; auch erläßt sie die zur Erledigung ihrer Aufgaben erforderliche Geschäftsordnung und die Bestimmungen über das dabei einschlägige Verfahren. Ihre Entscheidungen erfolgen in Unterkommissionen, die aus je einem Vertreter der beiden Teile und einem neutralen Mitgliedern gebildet werden. Die von den Unterkommissionen gefällten Beschlüsse sind innerhalb eines Monats nach der Feststellung zu beschließen. 8466

Berlin, den 8. Mai 1918.

Der Reichskanzler:  
In Vertretung:  
Freiherr v. Stein.

## Grasversteigerung.

Am Donnerstag, den 16. Mai 1918 wird das Geugs der Stichanal- und Hafeningdämme öffentlich versteigert.

Zusammenkunft: Morgens 8 Uhr am Hafeneingang (Albbrücke). 8476

Städt. Hafenamtl.

No. 1  
Der  
Erst all  
die Sittun  
nabe zu ei  
vom Abg  
Richtlin  
so unanneh  
mit dem N  
trumsabge  
bearbeitete  
Nichtlinien  
zu ihnen  
nicht Stell  
wurde auch  
Die N  
nicht Erzb  
nene F e i  
diesen Vor  
Ungeheuer  
tritt droht  
Es han  
dungen in  
wirtschaftl  
licher Zuf  
Darum i  
Sages?  
Reichskanz  
Der zwe  
Ritowak fi  
auch dem  
gierung, d  
laut, nicht  
Der d  
Ukraine in  
häufiger Be  
und fährt  
schen Stell  
Verhältnis  
wachsenden  
linien un  
liegen soll  
Nichtlinien  
Selbstver  
verantwort  
Entscheidu  
treffen un  
Verträge  
schließl  
wir als sel  
daß wir u  
Kafkad  
und Betr  
nach der  
handelt.  
schen Ver  
das ukrain  
sanden  
sagen be  
ihm den  
ganzen no  
Ein D  
einen „W  
lichkeit der  
Kompetenz  
dem uns  
lei zu End  
die Komp  
Aufgabe d  
Warum  
zweiflung  
diese Frag  
Regierung  
hin befürd  
erkläre.  
dann muß  
der Reich  
rufene. A  
nahme ni  
Hauptaus  
sich selbst  
Nicht  
ngen sich  
una stärk  
Kraft geb  
das da  
liegt. Si  
recht klein  
der Reich  
Der K  
Und wie  
mand wif  
doch jo de  
wieder an  
wünschen.